

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,40 Mk. im voraus zahlbar, Postbeleg 4,20 Mk. einschließlich 50 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandabonnemente 6.— Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertagen einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Raff und Zeit“ und „Rindereund“, Ferner „Frauenstimme“, „Lohn“, „Bild in die Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtblätter“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Doppelseite 80 Pfennig, Restameile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des letzten Blattes 25 Pfennig (einschl. zwei Seiten) 12 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenangebote das erste Blatt 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Warte über 15 Wochen zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dr. S. u. Disc.-Gel., Postfach 1000 Berlin 3.

Brüning im Sportpalast.

Dunkel bleibt der Rede Sinn.

Die Berliner Zentrumspartei veranstaltete gestern abend in dem nicht ganz gefüllten, schwarzrotgold geschmückten Sportpalast ihre Berliner Wahlkundgebung, in der der Reichskanzler Dr. Brüning die Hauptrede hielt. Einleitend führte der neue Berliner Spitzenkandidat Dr. Krohne unter großem Beifall aus, daß die Zentrumspartei vom Wege der deutschen Friedenspolitik nie und nimmer ablassen werde. Das Zentrum lehne den Klassenkampfgedanken, von welcher Seite er auch kommen möge, ab. „Wir stehen zu dem Staat von Weimar und seinen Symbolen.“ (Stürmischer Beifall.) Das Zentrum sei das Bollwerk gegen die Bolschewisierung des gesellschaftlichen Lebens.

Reichskanzler Brüning

begann mit einer Polemik gegen die Sozialdemokratie. Die Parteien sprächen über alles mögliche, nur über eines nicht: was für praktische Vorschläge in der Zukunft zu machen seien. Abg. Keil habe von der Generallüge des Wahlkampfes gesprochen. Sie bestünde eben darin, daß behauptet würde, daß das Zentrum nichts anderes getan habe, als zu überlegen, wie man das Kabinett Müller stürzen könne. Die beiden großen Flügelparteien der großen Koalition mögen nicht, ihren Wählern die Wahrheit zu sagen. Leute, die behaupteten, daß das Zentrum sich in der gegenwärtigen Situation zur Verantwortung vorgebracht habe, hätten ihren Beruf als Politiker verfehlt und sollten lieber Kriminalromane schreiben. Das Zentrum habe niemals etwas agitatorisch versprochen, sondern sich bemüht, alle Parteien an die Verantwortung zu bringen: im Interesse des Staates, der Demokratie, der Gesundheit des Parlamentarismus. Nicht das Zentrum, sondern gerade die eigenen Parteien hätten die Finanzminister Hilferding und Moldenhauer geführt.

Die Fragen, die in der Öffentlichkeit an mich gestellt wurden, so sehr er fort, könnte ich eigentlich sehr einfach beantworten, indem ich die Grundfrage stelle: wie stellen sich die Parteien, die heute fragen: Was gedenkt die Reichsregierung im neuen Reichstag zu tun, zu dem Rotprogramm der Reichsregierung, zu den Rotverordnungen und zu den Reformplänen der Reichsregierung. Sagen Sie heute schon etwa ja, dann ist der Wahlkampf fürchtbar einfach, und die Regierungsbildung wird nur einen Tag in Anspruch nehmen. Aber auf diese Frage bekommt man leider doch keine Antwort in der Öffentlichkeit. Das ist ja auch verständlich, denn ich müßte auch nicht diesen Parteien, die diese Frage an mich stellen, eine Antwort auf meine Frage ernsthaft zu.

Manche dieser Fragen sind etwas neroös, sind ängstlich und manche ruhig und kühl. Auf die neroösen und ängstlichen Fragen einzugehen, hat überhaupt keinen Zweck. Aber auf die kühle und ruhige

Frage des Herrn preussischen Ministerpräsidenten:

Gedenkt die Regierung unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie zu regieren? Und auf ähnliche Fragen, die auch von deutschnationaler Seite in Wahlversammlungen gemacht worden sind, antworte ich ganz einfach, auf diese Frage habe ich bereits in meiner Schlussansprache bei der Verfassungsfeier des Reichstages eine klare Antwort gegeben. Die Herren brauchten sie nur nachzulesen.

Ich habe damals dem Sinne nach gesagt, daß es darauf ankommt, alle Kräfte, die positiv sein wollen, zusammenzuführen

im Dienste des Vaterlandes und die an der Verantwortung für eine schwere Arbeit teilnehmen wollen. (Stürmischer Beifall.) Ich habe dieser Antwort heute zunächst nichts hinzuzufügen.

Anderer sei das nach den Wahlen, aber es werde auch in den ersten acht Tagen nach der Wahl keine Klärung eintreten, er werde erst mal nach der monatelangen Arbeit Luft schöpfen und dann dem Reichspräsidenten seine Vorschläge unterbreiten. Er habe sein Amt übernommen, damit nicht in Kulissenverhandlungen, sondern im Plenum gerungen würde. Es ginge um die Demokratie und die Abstellung solcher Mißstände, die ihren Kredit untergraben haben. Es gäbe nur einen Feind der Demokratie, das Fangballspiel der Parteien und Parteiführer, sich gegenseitig die Verantwortung abzuladen. Für diese Form des Parlamentarismus habe das Volk keine Sympathie.

Wenn er auf die Diktatur hätte ausgehen wollen, dann hätte er wohl kaum die Politik in den vergangenen Monaten getrieben, wo er dafür kritisiert wurde, zuviel verhandelt zu haben. Aus religiösem Pflichtbewußtsein werde die ehrwürdige Gestalt des Reichspräsidenten niemals an der Verfassung rütteln lassen. Jede Partei, die jetzt ihren Wählern das Blaue vom Himmel verspreche, werde im nächsten Reichstag in sehr kurzer Zeit entlarvt werden. Denn dieses Rat gehe es auch gleich nach dem Zusammentritt des Reichstages

nur darum, um gar nichts anderes, als nur um das eine: Die Arbeit der jetzigen Reichsregierung aufzuweichen und sofort fortzuführen.

Er habe bislang noch keinen anderen Vorschlag gesehen, als die Dinge, welchen die Reichsregierung durch die Rotverordnung zur Gefügekraft verholten hat und die Dinge, die die Regierung auf Grund eines waldurchdrachten und auf mehrere Jahre zielsicher überlegten Programms in Angriff genommen hat. Und die Herren würden nicht darum herum kommen, zu diesen Dingen eine klare Stellung zu nehmen.

Was nicht möglich sei, daß sie nunmehr wieder aus diesem Gefühlsweck einzelne Stücke herauszureißen und nun wieder alle Dinge in den Sand gleiten zu lassen in der Erwartung, daß sich wieder Herren finden werden, in noch schwererer Stunde vielleicht die Verantwortung zu übernehmen.

Die Gefahr für die Demokratie bestünde darin, daß die Massen so betört werden, daß Führer nachher nicht mehr in der Lage sind, eine Schwenkung auf dem Boden der Wirklichkeit zu machen. Allerdings sei für die Demokratie die Gefahr auf der anderen Seite, bei Hugenberg, viel größer. Die Wahlpropaganda der Deutschnationalen gegen die Osthilfe der Regierung sei ein Scholageakt an dem Wiederaufbau des deutschen Volkes. Die Fabel von einem Milliardenbesitz fördere die Kapitalflucht und würde sich schwer an den Wirtschaftskreislauf einmal rechnen, die Hugenberg noch nahelegen. Es sei kein Grund zur Verzweiflung, aber die Finanzen müßten in einem halben Jahr in Ordnung gebracht und gefählich gesichert sein. Seit 40 Jahren habe die Welt keine solche Krise gehabt. Nur wenn Deutschland seine Finanzen in Ordnung bringe, könne es von den sinkenden Weltpreisen und dem billigen Zinsfuß außerhalb Deutschlands profitieren. Es sei Aufgabe des Wahlkampfes, Schluß mit der Inflationspolitik und die Bahn frei für eine Finanzpolitik auf lange Sicht zu machen.

Die Versammlung, die am stärksten die Stellen der Rede gegen Hugenberg unterstrich, endete mit dem dritten Vers des Deutschlandsliebes.

erkannte man, daß zahlreiche Menschen einem Mißverständnis zum Opfer gefallen waren.

Politische Nordbuben.

16 Verhaftungen in Köln.

Köln, 9. September.

Der Nationalsozialist Conrad, der am 4. September den Bauarbeiter Klagen erschossen hatte, ist jetzt festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt worden. Das Gericht hat gegen Conrad Haftbefehl erlassen.

Auch der Ueberfall am selben Tage in Köln-Kalt auf den Nationalsozialisten Knipper, der mit einem Messer schwer verletzt wurde, ist jetzt aufgeklärt. Als Haupttäter kommt der wegen schweren Raubes und verbotenen Waffenbesitzes mit mehreren Jahren Gefängnis verurteilte 22 Jahre alte Joseph Biergans aus Baha bei Köln in Frage. Biergans hat den Ueberfall auf Knipper zusammen mit 15 anderen Personen verübt, die sämtlich dem kommunistischen Jugendbund angehören. Der Täter leugnet zwar noch, den schweren Dolchstoß auf Knipper ausgeführt zu haben, jedoch ist er durch einwandfreie Zeugenaussagen als Täter überführt. Biergans und 14 Beteiligte wurden verhaftet.

Keine Klarheit!

Die Antwort des Reichskanzlers.

Herr Brüning steht offenbar noch nicht lange genug in der Politik, um zu wissen, wer Wilhelm Keil ist. Von älteren Zentrumsabgeordneten kann er sich darüber unterrichten lassen, daß Genosse Keil zu den angesehensten Mitgliedern des Reichstags gehört. Er hat in langer politischer Tätigkeit bewiesen, daß er den Beruf zum Politiker besitzt. Diesen Beweis ist uns Herr Brüning für sich schuldig geblieben.

Der Aufsatz, gegen den Herr Brüning in so unglücklicher Weise polemisierte, diente in erster Linie der Zurückweisung der gegnerischen Wahllüge, als ob die Reichstagsauflösung und die Anwendung des Artikels 48 auf ein „Verjagen der Sozialdemokratie“ zurückzuführen sei. Es war darin gesagt, daß Herr Brüning nach langer Vorbereitung den Bruch mit der Sozialdemokratie herbeigeführt und den Kurs nach rechts gedreht habe. Herr Brüning hat ein Recht, sich gegen eine solche Darstellung zu wehren, wenn er sie für falsch hält — aber die Aufregung, mit der er das immer wieder tut, ist nicht recht verständlich. Daß seit dem Sturz der Regierung Müller eine weitreichende Änderung des politischen Kurses eingetreten ist, ist doch ebenso unbestreitbar, wie daß Herr Brüning die Verantwortung für diesen veränderten Kurs trägt. Hält Herr Brüning eine Politik, die durch die Namen Schiele und Treviranus gekennzeichnet wird für nützlicher als den Kurs der Hermann Müller und Severing, dann war es nicht nur sein Recht, sondern sogar seine Pflicht, die Regierung Müller zu stürzen. Oder will Herr Brüning sagen, daß er die Kursänderung, die durch seine Kanzlerschaft eingetreten ist, gar nicht gewollt habe?

Wichtiger als die Fragen der Vergangenheit sind die der Zukunft. Sie sind von Otto Braun, von Breitscheid und vom „Vorwärts“ aufgeworfen worden, und man hat von Herrn Brüning eine klare Antwort auf sie verlangt.

In der Öffentlichkeit ist gefragt worden, welches Interesse die Sozialdemokratie habe, solche Fragen zu stellen. Darauf ist zu antworten, daß wir dabei von keinerlei wahl-taktischen Absichten geleitet waren, sondern ganz einfach von der Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes. Wenn ein Mitglied der Regierung Brüning erklärt, am liebsten würde er „das ganze System zum Teufel jagen“, wenn ein anderes verkündet, der Reichstag müsse immer wieder aufgelöst werden, bis er eine der Regierung gefügige Mehrheit erbeuge, mit der man gegen die Sozialdemokratie regieren könne, so ist die Frage berechtigt, ob der Reichskanzler solche auf Staatsstreich und Bürgerkrieg hindeutende Absichten teilt. Sie ist um so berechtigter, wenn zugleich in dem Organ des Kanzlers selbst moralisch-ethische Betrachtungen erscheinen, die zur ange-drohten Praxis des Staatsstreichs die Theorie liefern.

Um eine Entwicklung zur Katastrophe zu vermeiden, ist die Sozialdemokratie zu einer Politik der Verständigung bereit. Zweck unserer Fragestellung war zu erkunden, ob es in der bürgerlichen Mitte noch Kräfte gibt, die gewillt sind, den deutschen Reichswagen auf der Fahr in den Abgrund aufzuhalten. Selbstverständlich ist eine Politik der Verständigung nicht so gedacht, daß die Sozialdemokratie auf die Geltendmachung ihrer Auffassungen und ihres Einflusses verzichten wollte. Die Sozialdemokratie gedenkt vielmehr, so stark in den Reichstag zurückzukehren, daß sie die von ihr vertretenen Arbeiterinteressen sehr kräftig zur Geltung bringen kann. Eine Verständigung kann also von der Seite der Regierung her nicht durch Fortsetzung des bisherigen Kurses, sondern nur durch seine Änderung ermöglicht werden.

Daß über Einzelheiten erst nach den Wahlen gesprochen werden kann, ist selbstverständlich. Die grundsätzliche Frage aber, ob das Zentrum nach den Wahlen mit Treviranus den Weg zum offenen Staatsstreich gehen oder ob es, um ihn zu verhindern, die Verständigung mit der politischen Vertretung der Arbeiterklasse suchen wird, bedarf schon jetzt, während des Wahlkampfes, der Klärung.

Inwieweit diese Klärung durch die gestrige Kanzlerrede erfolgt ist, darüber werden die Ausleger streiten. Wir vermissen auch diesmal in den Ausführungen des Herrn Brüning die notwendige eindeutige Klarheit. Mögen andere, in dieser Art sich niemals ganz klar auszudrücken, einen Beweis besonderer staatsmännischer Klugheit erbringen — wir sehen in ihr eher ein Zeichen innerer Unsicherheit.

Herr Brüning spricht nicht wie ein Mann, der an seinen Sieg glaubt.

Trigonen wieder verhaftet.

Die vermeintliche „Gegenrevolution“.

Buenos Aires, 9. September. (Eigenbericht.)

Die in der Nacht zum Donnerstag erfolgten blutige Zusammenstöße in der argentinischen Hauptstadt kosteten sieben Menschen das Leben. 56 wurden verwundet.

Veranlaßt durch die Zusammenstöße ordnete die Revolutionsregierung am Dienstagvormittag die Wiederverhaftung des Expräsidenten Trigonen und die Festnahme sämtlicher Mitglieder des Bundesparlamentes an. Zugleich wurden energische militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung ergriffen. Wie sich nachträglich herausgestellt hat, sind die blutigen Zusammenstöße in der Nacht zum Dienstag auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Mehrere Regimenter, die durch Gerüchte von einer Gegenrevolution erregt worden waren, feuerten auf die in der Nähe gelegenen Truppenteile. Die angegriffenen Soldaten erwiderten das Feuer, so daß sich schließlich ein regelrechtes Feuergefecht entwickelte. Als der Tag graute

Schieles neuester Wahlspieß.

Auch die Hopfenpreise werden gestützt. — Schiele kandidiert auch in Franken!

Herr Schiele ist Reichstagskandidat auch für das bayerische Franken, das wichtigste deutsche Hopfengebiet. Er hat jetzt einer Abordnung des deutschen Hopfenverbandes versprochen, sofort nach dem Zusammenritt vom neuen Reichstag einen gesetzlichen Verwendungszwang für deutschen Hopfen dringlich zu verlangen. Er hat weiter versprochen, daß er, falls der Reichstag versagt, den Verwendungszwang „auf dem Wege der Rotverordnung herbeizuführen trachten werde“. Wegen der Fallbindungen werde in aller nächster Zeit mit Frankreich verhandelt. Herr Schiele verspricht also auch höhere Zölle in der Zukunft. So viel per Termin. Per Kasse verspricht Herr Schiele auch Kredit und Geld. Um Angstverkäufe zu verhindern, will Schiele mit der bayerischen Regierung eine Hopfenstützungsgarantie durchführen, und zwar so, daß geldbedürftigen Hopfenzüglern „tragbare“ — also wohl verkäufliche — Lombardkredite gegeben und daß das Reich und Bayern die Ausfallgarantie übernehmen!

Es fehlt allmählich jeder parlamentarische Ausdruck für diese Art bedenkenloser Interessentenkaufpolitik auf Staatskosten und zu höchst persönlichen Wahlzwecken. Die ausländische Hopfeneinfuhr nach Deutschland ist lächerlich gering. Ein Verwendungszwang für deutschen Hopfen hat nur die restlose Beseitigung jeder Preis Konkurrenz und damit die Möglichkeit theoretisch unbegrenzter Preissteigerung zum Ziel. Unbekümmert um Deutschlands internationales Ansehen wird wieder mit einer Vertragsänderung und Zoll-erhöhung gespielt.

Herr Schiele weiß nicht, ob die Wahlen ihn in die Reichsregierung zurückkehren lassen. Er weiß nicht, ob der neue Reichstag seinen jetzigen Wahlversprechungen zustimmen wird. Er setzt Zweifel „seiner Wähler“ in diese Möglichkeiten voraus. So macht er Versprechungen auch als starker Mann, indem er sich die Stimmen der bayerischen Hopfenleute mit Zukunftswahrscheinlichkeit auf einen neuen Verfallungsbruch erkaufte.

Ein parlamentarischer Ausdruck ist wirklich nicht mehr möglich für das, was hier Schiele dem gegenwärtigen Kabinett zu decken summiert. Hier hilft wirklich nur noch das Niedergerhängen, damit die Wähler in ganz Deutschland davon Kenntnis nehmen und am 14. September die erforderliche Antwort geben.

Der Nationalkommunismus.

Als bezahltes Inserat im unpolitischen Blättchen.

Die „neue Programmklärung der Kommunisten“, das nationalkommunistische Programm, hat bei den alten Mitgliedern der kommunistischen Partei helle Empörung hervorgerufen, die sich namentlich in Berlin sehr deutlich gegen die kommunistische Führung geäußert hat.

Nichtsdestoweniger geht die nationalkommunistische Agitation lustig weiter. So wie Karl Sindermann in Chemnitz, so reden alle Provinzagitatoren. Und nicht nur das! In der „Vampertheimer Zeitung“, einem unpolitischen Blatte, finden wie die „neue Programmklärung“ als bezahltes Inserat abgedruckt, unterzeichnet: Kommunistische Partei, Ortsgruppe Vampertheim.

Beizeite aber nicht die ganze Erklärung, sondern ausgerechnet die nationalistischen Stellen, die einem Hakenkreuzler Ehre machen würden, sein säuberlich ausgemäht und zusammengestellt.

Es paßt alles ausgezeichnet zusammen: der Vater der Erklärung, Heinz Reumann — die Hakenkreuzideologie, und das bezahlte Inserat im unpolitischen Blättchen!

Der Weg zur Sozialdemokratie.

Ueberritt eines demokratischen Stadtverordneten in Düsseldorf.

Der Düsseldorfer demokratische Stadtlantmann Fritz Halstenberg hat an den Vorstehenden der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion das nachfolgende Schreiben gerichtet:

Düsseldorf, 6. September 1930.

Ich habe heute der örtlichen und der Reichsleitung der Demokratischen Partei erklärt, daß ich nicht zur Staatspartei überträte, da ich in deren Haltung keine Gewähr für die Verfolgung der außen- und innenpolitischen Ziele finde, für die ich Jahrzehnte hindurch, insbesondere in den letzten zwölf Jahren, rastlos gearbeitet habe. Ich habe hinzugefügt, daß ich zur Sozialdemokratischen Partei gehe, deren Stärkung mir zur Erhaltung einer sozialen Demokratie und Niederhaltung reaktionärer Diktaturbestrebungen am notwendigsten erscheine.

Aus den demokratischen Parteikreisen, die im vorigen Jahre meine Stadtverordnetenandidatur wünschten und für meine Wahl gearbeitet haben, ist mir nahegelegt worden, mein Mandat in ihrem Sinne weiter auszuüben, zumal sie fast restlos auch noch links gingen. Ich werde diesem Wunsche entsprechen.

Ich bitte Sie daher, meine hiermit erfolgende Anmeldung zur Sozialdemokratischen Partei weiterzugeben und wegen meiner Aufnahme in die Stadtverordnetenfraktion das weitere zu veranlassen...

Mit freundlichem Gruße

Ihr Halstenberg.

Halstenberg gehört mit Anton Erkelenz zu den Düsseldorfer Gründern der Demokratischen Partei. Engste Mitarbeit verbindet ihn seit etwa drei Jahrzehnten insbesondere mit seinem Jugendfreund Erkelenz. Beide waren zu Anfang des Jahrhunderts in Düsseldorf die Führer der jungen Gewerkschaftsopposition, die die in manchesterlichen Anschauungen erklärten Friedrich-Dumcker'schen Gewerkschaften in moderne Bahnen lenken wollten.

Die veränderte Roggenfrüfung.

Zuckergerstenzoll von 12 auf 6 Mark gesenkt.

Eine Verordnung vom 8. September bestimmt, daß ab 11. September von Schweinemästern dann nur ein Zoll von 6 statt bisher 12 Mark zu zahlen ist, wenn neben der zollverbilligten Gerste auch Coßinroggen (dreiviertel) und Kartoffelflocken (einviertel) verfüttert werden. Die von uns kürzlich angekündigte Aenderung in der Roggenfrüfungspolitik ist damit erfolgt. Wir haben schon erklärt, daß der Zoll von 6 Mark viel zu hoch ist und daß die theoretisch zweckmäßige Maßnahme durch die übrige Schiele-Politik praktisch entwertet wird.

Drei Millionen suchen Arbeit.

Wo bleibt die Arbeitsbeschaffung der Regierung?

Das mit großen Worten angekündigte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung ist bisher völlig wirkungslos verpufft. Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat die Arbeitslosigkeit in der zweiten Augusthälfte um 11 000 Hauptunterstützungsempfänger und 20 000 Krisenunterstützte zugenommen. Damit hat die Belastung haldter Unterstühtungseinrichtungen zusammen einen Stand von rund 1 947 000 Unterstühten erreicht.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden ist ebenfalls weiter gestiegen. Nach Abzug derjenigen, die noch in gefündigler oder ungefündigler Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, mußten von den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden am 31. August rund 2 873 000 Personen als arbeitslos gelten. Das Anwachsen dieser Zahl, die während der ersten Hälfte des Monats um etwa 80 000 gestiegen war, ist langsamer geworden; es belief sich in der zweiten Hälfte des Monats auf etwa 28 000. Im ganzen ist der Arbeitsmarkt während der Berichtszeit etwas fester in Bewegung geraten. In einzelnen Bezirken und Berufsgruppen war eine leichte Besserung der Vermittlungsmöglichkeiten zu verzeichnen, denen jedoch neue Entlassungen überwiegend gegenüberstehen.

Auch in Berlin keine Besserung.

Die Entwicklung des Arbeitsmarkts im Bezirk des Landesarbeitsamts Brandenburg ließ auch in der Berichtszeit vom 16. bis 31. August 1930 noch keine Anzeichen einer beginnenden Besserung erkennen. Zwar sind die Zahlen der Arbeitsuchenden und Unterstühtungsbezieher, diese aber nur in der Arbeitslosenversicherung und nicht in der Krisenfürsorge, etwas zurückgegangen, doch ist die aufwärts gerichtete Tendenz vorherrschend.

In der Berichtszeit fiel die Zahl der Arbeitsuchenden um 7221 auf 448 720; davon entfielen auf Berlin 346 410, auf die Provinz Brandenburg 98 374 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 3936 Personen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 226 573, in der Krisenunterstützung 74 984, zusammen 301 557 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 166 017, auf die Provinz Brandenburg 57 037, auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 3519. Für die Krisenfürsorge betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 61 663, Brandenburg 13 052, Grenzmark Posen-Westpreußen 267.

Bereits im Mai hat die Regierung Brüning ein Arbeitsbeschaffungsprogramm angekündigt, ohne daß in den folgenden drei Monaten auch nur das geringste zur Behebung des Arbeitsmarkts geschah. Als im vergangenen Monat die Reichsbahn und Reichspost ihre ersten größeren Serienaufträge erteilten, ver kündete die Regierung unter größter Aufmachung, daß 150 000 bis 200 000 Arbeitslose hierdurch zusätzliche Beschäftigung finden würden.

Wir haben von vornherein bezweifelt, daß es sich bei den Aufträgen der Reichspost und Reichsbahn um zusätzliche Arbeitsbeschaffung über die normalen Quorialsaufträge dieser Unternehmen hinaus handele, obwohl dies von den zuständigen Regierungsstellen wiederholt behauptet wurde.

Die katastrophale Entwicklung des Arbeitsmarkts im August mit einem Zuwachs von insgesamt 108 000 Arbeitsuchenden, bestätigt unsere Annahme — leider — in vollem Umfange. Die von der Regierung und ihren Parteien als zugkräftige Wahlpapale in das Land hinausposaunte Arbeitsbeschaffung hat sich als ein vollständiger Bluff erwiesen.

Oeffentliche Wählerkundgebungen.

Heute, Mittwoch, 10. September:

- Wedding, 22. Abt.** 19½ Uhr in der Hochschulbrauerei, Seejstr., Ecke Anrumer Str. Filmvorführung: „Der Bauer am neuen Staat.“ Redner: Karl Heijshof. Die Kundgebung wird durch Gesangsvorträge des Reineke'schen Männerchors umrahmt.
- Grenzauer Berg, 31. Abt.** 19½ Uhr in der Schulaula, Schönfleher Str. 7. Redner: Albert Falkenberg.
- 7. Kreis Charlottenburg.** 19½ Uhr in der Schulaula, Rürnberg Str. 63, Nyjeum (An der Lauenzienstr.) Redner: Dr. Franz Meyer-Brodniß. — Jumor läuft der Trieffim: „Der deutschen Volke.“
- Charlottenburg, 53. Abt.** Oeffentliche Beamtensammlung, Mittwoch, 10. September, 19½ Uhr, in Blüthenstr., Lokal „Ruhbaum“, Straße 12, am Verbindungsgang. Thema: „Die Reichstagswahlen“ und die „Beamtens.“ Referent: Edward Jochert, R. d. L.
- Dahlem.** 20 Uhr im Lokal Schilling, Königin-Luise-Straße 42. Redner: Max Brininger.
- Tempelhofer, 55. Abt.** Treffpunkt zum Berbeunzug durch Tempelhofer, pünktlich 18½ Uhr, Berliner Str., Ecke Hohenjollerntor. Anschließend Kundgebung in der Aula der Volkshochschule, auf dem Tempelhofer Felde. Redner: Stadtrat Ernst Reuter.
- Veit-Budow, Bezirke 154 und 155.** 20 Uhr im Lokal Becker, Chausseest. 97. Redner: Genosse Friedl.
- Johannisthal.** 19½ Uhr im Logenhaus, Friedrichstr. Redner: Robert Breuer.
- Viesdorf-Süd, Abt. 122a.** 20 Uhr im Lokal Bindner (früher Burthardt), Köpenicker Str. Redner: Stadtrat Georg Wendt.

- Rahndorf.** 20 Uhr in der Aula der neuen Zentralschule in Wilhelmshagen. Rednerin: Marie Kunert.
- Waldorf-Süd.** 20 Uhr im Lokal „Hubertus“, Köpenicker Allee 100. Redner: Stadtorbener Hans Bogwood. — Rezitationen: Margarete Rerrbach.
- Reichsdruckerei, 146. Abt.** 16 Uhr in den Armintollen, Kommandantenstr. 58. Redner: Carl Witte.
- Gewerbetreibende, Handwerker, Kaufleute.** Erscheint zur großen öffentlichen Versammlung am Mittwoch, dem 10. September, 20 Uhr, im großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderplatz. Thema: „Wer hilft den Handel, Gewerbetreibenden und Mittelstand?“ Referenten: Käthe Kern, Berlin und Julius Krause, Leipzig, Verbandsvorsitzender. Einheitsverband der Handel- und Gewerbetreibenden und freien Berufe.
- Betriebsfraktion der SPD im Bezirksamt Grenzauer Berg.** Mittwoch, 10. September, 16 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamts, Danziger Straße 64, öffentliche Versammlung für alle Beamten, Angestellten und Arbeiter. Tagesordnung: Rotverordnung — Diktatur — Demokratie. Referent: Genosse Kurt Heimig, R. d. R. Aussprache. Verschiebenes.
- Pflegerpersonal der Kranken- und Pflegeanstalten Berlins.** Wahlkundgebung am Mittwoch, 10. September, 20 Uhr, in den Germania-Festsaal, Chausseest. 110. Referenten: Frau Clara Böhm-Schau, R. d. R.; Professor Dr. Chajes, R. d. L. Die Bedeutung der Reichstagswahl für das Pflegerpersonal der städtischen Heil- und Pflegeanstalten.
- BBG-Angestellte.** SPD-Fraktionsversammlung mit Sympathisierenden am Mittwoch, 10. September, 19½ Uhr, in den Kammerjäten, Teltower Str. 1-4. Referent: Stadtverordnetenvorsteher Genosse Joh. Hah. Einloch gegen Fohrtausweis.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Bischöfe im Wahlkampf.

„Die Religion ist in Gefahr.“

München, 9. September. (Eigenbericht.)

In den Schluffaktord des Wahlkampfes greifen nun, wie das in Bayern von jeher besonders an der Tagesordnung war, die Bischöfe ein, von denen nicht weniger als acht in verhältnismäßig kleinen Land Bayern ihren Sitz haben. Sie alle werden samt ihren personell stark überlegten Domkapiteln von dem verarmten und verschuldeten Staat mit einem jährlichen Kostenaufwand von rund 1,4 Millionen Mark unterhalten. Jetzt haben sie Hirtenbriefe zugunsten der Bayerischen Volkspartei erlassen, und zwar unter dem Motto: „Die Religion ist in Gefahr!“ Die gläubigen Katholiken werden verpflichtet, nur solche Kandidaten zu wählen, die im Reichstag erspriehliche Arbeit auch für die Kirche leisten.

Die einzelnen Hirtenbriefe, die von allen Kanzeln der katholischen Kirche herab verlesen werden müssen, genügen aber den Bischöfen als Propaganda noch nicht. Ihre jährliche Konferenz haben sie diesmal in die Woche vor dem Wahltog gelegt, damit sie noch rechtzeitig durch gemeinschaftliche Beschlüsse auf den Ausgang der Wahl einwirken können. Diese Konferenz findet am Mittwoch und Donnerstag unter Vorsitz des politisch besonders streibbaren Münchener Kardinals Faulhaber in Freising statt.

Agitation mit der eigenen Schande.

Agrarische Krokodilstränen über verfallende Dorfschulen.

Der Hugenberg-Konzern verbreitet für die Landpagitation eine Wochenzeitung, die den Titel trägt: „Der grüne Bote“. In diesem Blatt wird Agitation im Stil des Schleswig-Holsteinischen Landvolks getrieben.

Wir finden darin zwei Abteilungen. Die eine zeigt die Karl-Marg-Schule in Neukölln, die andere eine verfallene Dorfschule im Osten Deutschlands. Damit soll nicht bewiesen werden, daß da, wo die Arbeiter mitzubestimmen haben, für die Kinder gesorgt wird, und anständige Schulen gebaut werden, sondern es wird behauptet, daß die Bauern auf dem Lande die Schulen in der Stadt

bezahlen müßten, während auf dem Lande keine Schulen gebaut werden könnten.

Es gibt allerdings im Osten Deutschlands leider immer noch unzulängliche Dorfschulen. Das ist nicht die Schuld der Städte, das ist vielmehr die Schuld des Großagariertums, jener ostelbischen Junker, die als Schulherren die Schulen verfallen ließen und lieber marmorne Pferdehülle und prachtvolle Schweineställe bauten als Schulgebäude. Daß die Schulverhältnisse im Osten Deutschlands immer noch nicht auf der Höhe sind, das ist die historische Schuld und die Schande der Großagariert. Und nun gehen sie in Wahlzeiten selbst mit ihrer Schande hausieren und suchen die Landbevölkerung auf die Städte zu hetzen, die hunderttausendmal mehr für die Kinder getan haben als die ostelbischen Junker!

Nazifrawalle im Westen.

Drei Schwerverletzte.

In der Kirchbachstraße entspann sich gestern abend zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten eine schwere Schlägerei. Die Hakenkreuzler zogen auf mehreren Lastwagen durch die Kirchbachstraße. Aus einem Kommunistenlokal stürzte plötzlich eine größere Zahl Kommunisten heraus und im Augenblick war eine schwere Schlägerei im Gange.

Die Nationalsozialisten bombardierten ihre Gegner mit Wörsteln, die sie in größeren Mengen auf dem Lastauto mit sich führten. Die Polizei machte dem Straßenkampf schnell ein Ende und nahm 66 Hakenkreuzler fest. Drei von ihnen hatten bereits vorher bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten in der Hauptstraße in Schöneberg so schwere Kopfverletzungen erlitten, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Als die zwangsgestellten Nationalsozialisten zum Polizeirevier in der Adenslebenstraße gebracht wurden, sammelte sich eine große Menschenmenge an, die eine so drohende Haltung einnahm, daß die Polizei die Umgebung des Reviers mit dem Gummistümpel säubern mußte.

Die Gärung bei den Nationalsozialisten. Der Berliner nationalsozialistische Bezirksverordnete Rietz hat sein Amt niedergelegt und ist aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten. Er begründet seinen Schritt damit, daß er zu den Führern der nationalsozialistischen Bewegung kein Vertrauen mehr habe.

Reichswehr und Rußland.

Aufgeregte Erklärung gegen Genossen Künstler.

Aus dem Reichswehrministerium wird folgendes verbreitet:

Nach den Berichten verschiedener Blätter hat Herr Franz Künstler in einer Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei behauptet, Offiziere der Reichswehr seien mit dem russischen Militärattaché und deutschen Kommunisten zusammengekommen und hätten mit diesen die Grundlagen für den Aufruf der R.P.D. vereinbart. Diese Angaben sind so phantastisch und ungeheuerlich, daß Herr Künstler hiermit öffentlich aufgefordert wird, auf folgende Fragen zu antworten:

1. Wann und wo ist diese Zusammenkunft gewesen?
2. Welche Offiziere haben daran teilgenommen?
3. Welche Beweise kann Herr Künstler hierfür vorlegen?

Sollte Herr Künstler den Beweis für seine Angaben schuldig bleiben, so würde er sich selbst als Verleumder kennzeichnen, gegen den sich das Reichswehrministerium gerichtliche Schritte vorbehalten.

Ferner hat Herr Künstler die Namen einiger früherer Offiziere genannt, die angeblich in Rußland tätig sein sollen. Da diese Namen schon öfters genannt worden sind, hat das Reichswehrministerium folgendes über sie festgestellt:

Generalmajor a. D. Thomsen von der Dieck hat der Reichswehr niemals angehört. Er lebt seit Jahren, schwerkrank und fast erblindet, in Schleswig-Holstein.

General d. Art. a. D. Ludwig ist 1929 aus der Reichswehr ausgeschieden und wohnt in Berlin. Zwischen ihm und dem Reichswehrministerium bestehen keine dienstlichen Verbindungen irgendwelcher Art.

Rajor a. D. Ritter von Niedermaier ist schon am 31. Januar 1922 aus der Reichswehr ausgeschieden. Er ist Doktor der Geographie und seit seiner Verabschiedung auf diesem Gebiete wissenschaftlich tätig.

Ebenfalls ist in diesem Zusammenhang in einer Zeitung der Major a. D. Justrow genannt worden, der im Jahre 1929 den Abschied erhaltet hat. Er hat sich, soweit dem Reichswehrministerium bekannt, seitdem dauernd in Deutschland aufgehalten. Dienstliche Beziehungen zwischen ihm und dem Reichswehrministerium bestehen nicht.

Das Reichswehrministerium hat bekanntlich die Beziehungen zu Gen. Künstler abgebrochen, weil ihm seine letzte Reichstagsrede nicht gefallen hat. Damit konnte sich aber das Reichswehrministerium nicht von der Pflicht befreien, erst einmal den wirklichen Wortlaut der neuesten Äußerungen Künstlers festzustellen, bevor es sich zu einer öffentlichen Polemik gegen ihn entschloß. Es kann einwandfrei nachgewiesen werden, daß Künstler im Zusammenhang mit der Entsehung der nationalkommunistischen Programm-erklärung — die er auch sonst ganz anders dargestellt hat, als die Reichswehr behauptet — von „ehemaligen deutschen Offizieren“ gesprochen hat. Danach fehlt dem Reichswehrministerium nach seiner eigenen wiederholt scharf betonten Auffassung in diesem Falle jede Zuständigkeit.

Ohne für die Angelegenheit zuständig zu sein, ohne sich ausreichend über die Äußerungen Künstlers informiert zu haben, fordert das Reichswehrministerium Künstler auf, den Beweis für das anzutreten, was er gar nicht behauptet hat, und es nennt ihn für den Fall, daß er das nicht könne, einen Verleumder. Der Vorwurf der Verleumdung prallt auf diejenigen zurück, die ihn erheben. Uebrigens sieht Gen. Künstler den angekündigten gerichtlichen Schritten mit ebenso großer Ruhe wie geremter Interesse entgegen. Dieser Prozeß dürfte auch wirklich interessant werden.

Auch durch die aufgeregten Erklärungen der Reichswehr wird nichts daran geändert werden, daß die Sozialdemokratie militärische Beziehungen, die der deutschen Außenpolitik gefährlich sind, auch weiterhin auf das entschiedenste bekämpfen wird.

Polnischer Parlamentarier wehrlos.

Die Waffenscheine entzogen!

Warschau, 9. September.

Einer Verordnung des Innenministers zufolge wurde sämtlichen Abgeordneten die nicht Reserveoffiziere der polnischen Armee sind, das Tragen von Waffen verboten; Waffenscheine, die sie besaßen, werden ihnen entzogen. In letzter Zeit sind Abgeordnete der Opposition von Pilsudski-Anhängern und Offizieren in lebensgefährlicher Weise mißhandelt worden.

Der Sejmpräsident darf nicht ins Ausland.

Warschau, 9. September.

Dem Sejmarschall Daszynski hat die Pforte des Außenministeriums den Auslandspaß entzogen, den er zur Audienz nach Karlsbad erhalten hatte. Der Paß wurde wenige Stunden nach seiner Ausfertigung unter Verufung auf eine Anordnung höherer Stellen wieder abgefordert.

Beide Anordnungen sind gemeine Racheakte der neuen Regierung für die unbeugsame Verfassungstreue der Opposition. Verantwortlich dafür ist der Ministerpräsident Pilsudski, der sich nun nicht mehr als bloßer Kriegsminister, „unbeteiligt“ stellen kann. Dem alten Vorkämpfer der Wiedererrichtung Polens, dem obersten Vertreter der Volkshoheit, dem ehemaligen besten Freund Pilsudskis und Verfasser des freilich überholten Pilsudskibuchs „Polens großer Mann“ aber die Kur im Ausland unmöglich zu machen, ist eine Handlung, die nur noch als eine Schurkenat bezeichnet werden könnte. Wir wollen daher noch einen leisen Zweifel in diese Tll.-Weisung nicht unterdrücken.

Defings Gegenregierung.

Jenßischen Staatspräsident.

Peiping (Peking), 9. September.

Die von Kantung unabhängige glückliche Nordregierung ist heute vormittag offiziell gebildet worden. General Jenßischen leistete unter feierlichen Zeremonien den Eid als Staatspräsident. Im ganzen Gebiet, das die Nordregierung anerkannt, wurde der heutige Tag als Feiertag begangen.

In einem Aufruf erklärt der Ministerrat, er wolle versuchen, die Korruption zu beenden und die Sicherheit der Staatsfinanzen wieder herzustellen.

Je näher die Wahl rückt...



... desto enger schließt sich die Bürgerfront zusammen!

Oberschlesien und Saar vor dem Rat

Deutsche Beschwerden von Polen anerkannt — Um den Rest von Saarbahnschutz.

Genf, 9. September. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundrat nahm am Dienstag zunächst den Bericht der Ständigen Mandatskommission über die Verwaltung von sechs Mandatsgebieten entgegen. Einwendungen wurden nicht erhoben. Reichsaußenminister Curtius bezeugte das „größte Interesse der deutschen Regierung“ an den ehemaligen deutschen Kolonien Tanganika und Südwestafrika. Er wolle indessen eine spätere Gelegenheit zur Aussprache ab und habe daher vorläufig nichts gegen den Bericht einzuwenden.

Die Änderung der Danziger Verfassung wurde nach dem Vorschlag des Berichterstatters Henderson debattiert zur Kenntnis genommen. Das von dem Danziger Volkstag zweimal mit Zweidrittelmehrheit angenommene Gesetz kann nunmehr verübt werden. Es sieht vor, daß die Zahl der Senatoren von 22 auf 12, die der Abgeordneten des Volkstages von 120 auf 72 herabgesetzt und das System der parlamentarischen Verantwortlichkeit für alle Senatoren eingeführt wird. Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs gegen die Zulassung Danzigs zum Internationalen Arbeitsamt wurde dem Direktor des Internationalen Arbeitsamts überwiesen, der es dem Verwaltungsrat zur Kenntnis bringen wird.

Die Entscheidung der

drei ober-schlesischen Minderheitsbeschwerden

führte zu einem Erfolg Deutschlands. Der deutsche Rechtsanwalt Oshmann ist von Polen wieder zugelassen worden. Curtius verlangte Schadenersatz für ihn, was der polnische Außenminister Jakselti wohlwollend zu prüfen versprach. Die 32 von der Direktion der polnischen Knappheitskrankenkasse entlassenen deutschen Arbeiter sollen, soweit die polnische Regierung dafür in Frage kommt, wieder eingestellt werden. Außerdem versprach Jakselti auf Vorstellung von Curtius, daß alles getan werde, um die Einstellung durch die Kasse auch tatsächlich sicherzustellen. Schließlich war der Rat einverstanden mit dem inzwischen durch Verhandlungen erreichten Verfahren bei der Einschulung von Kindern der deutschsprachigen Minderheiten. Eine vierte Frage bezüglich der Hochprüfung, ob einzuschulende Kinder der deutschen Sprache mächtig seien, konnte noch nicht erledigt werden. Etwa 700 Kinder sind durch solche Prüfung von der deutschen Minderheitenschule ausgeschlossen worden. Es handelt sich nun darum, ob diese Kinder, die inzwischen Deutsch gelernt haben, aus der polnischen in die deutsche Schule kommen können. Polen, das sich in allen ober-schlesischen Fragen diesmal sehr entgegenkommend zeigte, hat die Vertagung der letzten Frage offenbar angeregt, um mit diesen Verhandlungen noch während der gegenwärtigen Tagung zu einer gütlichen Einigung kommen zu können.

In der Frage des

Bahnschutzes im Saargebiet

wurde noch keine Entscheidung erzielt. Die Regierungs-

kommission hat die Truppen nach der Rheinlandräumung auf 150 Mann reduziert und dem Rat die weitere Entscheidung übertragen. Als der italienische Außenminister Grandi darüber Bericht erstattet hatte, kam es zu einer mit großer Spannung aufgenommenen Kontroverse zwischen Curtius und Briand. Reichsaußenminister Curtius sprach dem Bahnschutz nach Räumung der Rheinlande jede Berechtigung ab, da er seinerzeit gegen den Protest Deutschlands ausschließlich zum Schutz der rückwärtigen Verbindung der Besatzungsarmee errichtet worden sei. Die Gendarmenriehe von rund 1000 Mann genüge zum Schutz der Ordnung und könne jederzeit auskömmlich ergänzt werden. Briand schlug ein Verfahren vor, wonach ein kleines Komitee die Frage prüfen soll, da der Rat mit dem Bahnschutz nicht nur die Truppen, sondern auch die Kohlentransporte und den gesamten Bahnverkehr habe sicherstellen wollen. Mit feierlicher Geste betonte er, daß es Frankreich fern liege, unter irgendeinem Vorwand Truppen an der Saar zu halten. Er sei einverstanden, daß die Frage bald unterläßt werde. Nachmals antwortete Curtius, die vorliegenden Gründe rechtfertigten zwar eine sofortige Entscheidung, aber er verließ sich Briands Ermügendungen nicht und sei erfreut, daß das Verfahren nur der Beschleunigung dienen solle.

Mit dieser Erklärung glaubt Curtius offenbar besser zum Ziele zu kommen, da er in internen Beratungen noch viele Gründe gegen den Bahnschutz anführen kann. Vor der Ratstagung hatten sich Curtius und Briand bereits über dieses Verfahren verständigt. Am Mittwoch wird beim Generalsekretär Drummond die erste Besprechung über die strittige Frage zwischen Briand, Curtius und Seisloja, der den italienischen Außenminister als Berichterstatter vertreten wird, stattfinden. Voraussichtlich dürfte dann in der für Sonnabendnachmittag vorgesehenen Ratssitzung die Saarfrage entschieden werden.

England gegen einen europäischen Völkerbund.

Genf, 9. September. (Eigenbericht.)

In einer Pressebesprechung erklärte der englische Außenminister Henderson am Dienstag, daß sich bei den Beratungen über Briands Paneuropaplan die englische Auffassung durchgesetzt habe. England sei als Weltreich verbunden mit seinen Mitgliedern, die außerhalb Europas liegen. Deshalb sei es für ihn undenkbar, daß neben oder über dem Völkerbund eine andere Organisation errichtet werden könne.

Henderson teilte u. a. noch mit, daß augenblicklich zwischen Frankreich und Italien täglich Verhandlungen über die Seeabrüstungsfrage stattfinden. Er sei in ständiger Fühlung mit dem italienischen Außenminister Grandi und hoffe, daß noch vor Schluß der Versammlung des Völkerbundes ein Ergebnis erzielt werden könne. (Inzwischen ist Grandi nach Rom abgereist, aber nur auf kurze Zeit, anscheinend um sich neue Instruktionen von Mussolini zu holen. Red.)

Fethy - Ismet Kemal.

Der Schrei nach dem Kurstwechsel in der Türkei.

Smirna, 9. September. (Eigenbericht.)

Der Führer der neu-türkischen Opposition, Fethy Bey, der zurzeit in der Provinz Smirna weilt, wird überall mit großen Ovationen empfangen. Wo er sich auch zeigt, holen ihn die Volksmassen trotz der Anwesenheit von Truppen, Gendarmenriehe, Polizei und zahlloser Spitzel und Propagatoren im Triumph ein.

Die Begeisterung für die junge Opposition, die auch von der Smirnaer Arbeiterschaft trotz aller Warnungen ihrer Führer geteilt wird, rührt nicht etwa von einem allgemeinen Anstieg her, den das Programm der neuen Partei gefunden haben könnte. Die meisten Smirnatoren dürften dies Programm nicht einmal gelesen haben. Was sie so plötzlich und so maßlos begeistert, ist die Hoffnung, daß der fünfjährige schwere Druck der Diktatur der Volkspartei zu Ende geht und mit Fethy Bey die Freiheit und Demokratie auch in der neuen Türkei ihren Einzug halten werden. Es ist der elementare Ausbruch einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen System, der in den begeistertsten Empfindungen des Oppositionsführers seinen Ausdruck findet. Fethy Bey macht sich die Stimmung zweifelloser Flug zunutze und ohne es zu sagen, läßt er doch überall durchblicken, daß Mustafa Kemal Pascha mit ihm sympathisiert und den diktatorischen Ismet Pascha lieber heute als morgen gestürzt sehen möchte. Dieser Tage hat Fethy Bey eine feierliche Prozession zum Grab

der Ruiter Kemal Paschas, das sich in der Nähe von Smirna befindet, unternommen und dort einen Kreuz niedergelegt. Auch wird hier allgemein und erwartungsvoll von den möglichen Wirkungen eines geheimen Berichtes gesprochen, den Fethy Bey über die Smirnaer Unruhen an Mustafa Kemal gerichtet hat. Jedenfalls kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die in einem Monat in Smirna stattfindenden Gemeindevahlen zu einer katastrophalen Niederlage der regierenden Volkspartei führen werden. Die Frage aber ist und bleibt: Was wird Kemal Pascha tun? Wird er aus seiner Reserve heraus offen auf die Seite Fethy Beys treten? Oder wird er weiter abwarten?

Die Regierung Ismet Paschas ist unterdessen nicht müßig. Die ihr ergebene, d. h. von ihr bezahlte Presse verleumdet die Randesstanten von Smirna als Bagabunden, Verbrecher, Verbeirte und Kommunisten. Sie schreibt allen Ernstes, daß die große Smirnaer Demonstration von einem Manne geführt worden sei, dessen Vaz die Polizei wegen herbeiläufigen Betriebes geschlossen hätte und verächtlich Fethy Bey, einen gewalttätigen Umrsturz zu planen.

Türkische Offensive gegen die Kurden.

Angora, 9. September. (Eigenbericht.)

Amlich wird mitgeteilt, daß die Offensive der türkischen Truppen gegen die Kurden im Arrat-Gebiet nunmehr begonnen hat. Der erste Widerstand der Kurden am Kabal-Berge sei gebrochen. Ab Montag befinden sie sich nach der amtlichen Verlautbarung auf dem Rückzug.

WERTHEIM

Wertvolle Bücher

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Ungekürzte Neuausgaben / Holzfreies Papier / Guter Druck / Vornehme Ganzleinenbände

Jakob Wassermann

Das Gänsemännchen 285

585 Seiten Ganzleinen

Carl Ludw. Schleich

Besonnte Vergangenheit 285

375 Seiten mit sämtlichen Bildern der Original-Ausgabe

Franz Werfel, **Verdi**, Roman der Oper 604 Seiten 285

L. Feuchtwanger, **Die häßliche Herzogin** Margarete Maulfisch, 318 Seiten

Bruno Frank, **Trenck** Roman eines Günstlings, 329 Seiten

Paul Grabein, **Die Mooschwaige** Künstlerroman, 239 Seiten

Knut Hamsun, **Das letzte Kapitel** 525 Seiten

Fel. Holländer, **Der Weg des Thomas Truck** [573 Seiten]

Thomas Mann, **Die Buddenbrooks** 729 Seiten

Jeder Band

285

Fr. Nietzsche Werke in Auswahl 2 Bde.

S. Ch. v. Sell, **Weggenossen** 324 Seiten

Frank Thieß, **Die Verdammten** 573 Seiten

Oscar Wilde Werke Herausgegeben mit Einleitung von Arnold Zweig 2 Bde.

Arthur Zapp, **Die Sünde wider das Weib** [255 Seiten]

Arnold Zweig, **Novellen um Claudia** 295 Seiten

Alte Graphik. Original japanische Farbholzschnitte pro Blatt 3 50 | Städte-Ansichten und Alte Karten von 3 an

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 10. 9.
Staats-Oper
Unter d. Linden
A.-V. 10
20 Uhr
Der **Liebestrank**
Ende g. 22 1/2 Uhr

Mittwoch, 10. 9.
Stadt. Oper
Bismarckstr.
Turnus III
20 Uhr
Der **Troubadour**
Ende n. 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
Vorst. 132
20 Uhr
Hans Helling
Ende 23 Uhr

Stadt. Schauspiel.
(am Gendarmenmarkt)
A.-V. 9
20 Uhr
Liebe auf dem Lande
33 Minuten in
Grüneberg
Ende n. 22 1/2 Uhr

Stadt. Schiller-Theater, Charlitzg.
20 Uhr
Der Mann mit dem Klepper
Ende 22 1/2 Uhr

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 15
Sonnt. 3, 5 u. 8 15
Alex. E. 4, 8066

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Lustige Witwe
Hesterberg, Hansen,
Arno, Schollwer,
Jankuhn, Schaeffers,
Winkelstern, Desni.
REGIE: CHARELL

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag nachm. 5 15
Stettiner Sänger
Neu! Neu!
„Lad Blumen sprechen“
Nachmittags halbe Preise.
Dönhoff-Brett!
Das beliebte Familien-Varieté

Winter Garten
8.15 Uhr — Rauben erlaubt
Hans Kollischer, Argentin.
Jda und Evelyn Duffek.
Neville Bishop usw.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8 1/4 Uhr
Der fröhliche Weinberg
von Carl Zuckmayer

Stadt. Schiller-Th.
8 Uhr
Der Mann mit dem Klepper

Theater am Schiffsquardamm
8 1/4 Uhr
Feuer aus den Kesseln

Staatsoper
Am Pl. d. Republik
8 Uhr
Hans Helling

Deutsches Theater
8 1/4 Uhr
1914

von Georg Wilhelm Müller
Regie: Gustav Gründgens.

Kammerspiele
8 1/4 Uhr
Die Schule der Frauen

von Molière.
Regie: Hans Döppe.

Die Komödie
8 1/4 Uhr
Der Diener zweier Herren
von Goldoni
Regie: Max Nelehard.

Theater am Köth. Tor
Kottbuser Str. 6
Tägl. 8 Uhr
sonn- u. Sonnt.
nachm. 3 Uhr
Elle-sänger
Das Barwunder!
Liederspiel u. die tolle Posse
des lieben Verwachten.
Zum Schluß:
Pinselbeinrich's
Himmelsklausur!

Theater i. d. Behrenstr. 53-54
Direktion: Ralph Arthur Roberts
Das häßliche Mädchen
Englisch — Roberts — Riemann.

Komische Oper
8 1/4 Uhr
Die Frau ohne Kuss
Operette v. W. Kollo
Nach Sonntags nachm. 3 1/2
zu kleinen Preisen

Rose-Theater

Am besten u. billigsten als Abonnent.

Unser Abonnement bietet:

12 Vorstellungen im Jahre.

Freies Programm, freie Garderobe (als einzige Bühne Berlins). Beim Eintritt bis 15. September keine Einschreibgebühr.

Unsere Abonnenten werden u. a. sehen:

„Die Braut von Messina“, von Schiller. „Die schöne Helena“, große Operette von Offenbach. „Eine Nacht in Venedig“, mit Musik von Johann Strauß. „Die Dollarprinzessin“, von Leo Fall. „Die Fälschung“, von Kalmán. „Rose Bernd“, von Gerhart Hauptmann. „Der Veilchenfresser“, von Moser. „Die fünf Frankfurter“, von Röfler. „Das 4. Gebot“, von Ansgar Gruber.

Um den riesigen Zustrom zufrieden zu stellen, richten wir Sondergruppen des Abonnements ein, und zwar an den

Sonntag-Nachmittagen um 2 30 Uhr

Für diese Gruppen sind noch zu haben:

I. Orchest.-Sessel à 1.85 M
II. Orchest.-Sessel à 1.60 M
Parkett-Sessel à 1.10 M
II. Parkett à 85 Pf.
I. Mittelrang à 60 Pf.

(Die Preise verstehen sich inkl. Programm und Garderobe)

Für die Wochentagsvorstellungen sind im Abonnement nur noch I. Rang-Balkon à 2 Mark, II. Parkett à 85 Pf. und I. Mittelrang à 60 Pf. zu haben.

Persönliche Anmeldung wochentags von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Können Sie uns nicht persönlich besuchen, so schreiben Sie uns bitte Ihre Adresse. Wir senden Ihnen dann umgehend kostenlos und unverbindlich einen ausführlichen Prospekt.

Name: _____
Wohnung: _____

Die vornehme Gaststätte der Friedrichstadt
Friedrichstraße 105
Ecke Behrenstr. 200

Das Pschorr Haus
Inhaber
Carl Saeger

wird mit seinem neuerbauten Oberlichtsaal, dem Alt-Berliner Zimmer, am FREITAG, dem 12. September 1930, 18 Uhr eröffnet.

Stadt-Wache
Farsprechers: 6, Mark 4852

Deutsches Künstler-Theat.
Tel. Barbassa 3937
8 1/4 Uhr
Letzte 4 Aufführungen!
Gastspiel der Ludwig-Thomas-Bühne
Magdalena

Renaissance-Theater
Steinplatz 6780
9 Uhr
Die **Wunder-Bar**
Revuestück

Rose-Theater
Gr. Frankfurter Str. 132
Tel. Alex. 3422 u. 3494
8.15 Uhr
Braut v. Messina
Gartenbühne:
5.15 Uhr
Konzert u. Diner Teil
8.15 Uhr: Etappe.

Barrowsky-Bühnen
Theater in der Strömsundstr.
Täglich 8 1/4 Uhr
Marguerite: 3
Lichtspiel von Schwabert
Komödienhaus
8 1/4 Täglich 8 1/4
Konto X
von Barrowsky und Bestwiler

Metropol-Theater
Täglich 8 1/4 Uhr
Sensationeller Operettenerfolg!
Unter pers. Leitung des Komponisten
Viktoria und ihr Husar

Lessing-Theater
Weidenstr. 2791 u. 2844
Täglich 8 Uhr
Gastspiel der Piscatorbühne
Des Kaisers Kulis
von Th. Pillw. Regie: Erwin Piscator.

Neues Theater
am Zoo
Am Bahnh. Zoo, Stpl. 6554
Täglich 8 1/4 Uhr
Lommel
in der Posse

Herr Amor persönlich.
Rundfunkhörer halbe Preise.
Theater am Schiffsquardamm
Tägl. 8 1/4 Uhr
Feuer aus den Kesseln!
von Ernst Toller
Regie: Hans Helling.
Schauspieler: Carl Heber.
Verkaufsstelle: Friedrichstr. 105.
Tel.: S. 1. Nord. 0281 u. 5013

Berliner Prater
Sommertheater
Kastanienallee 7-9
Humb. 2246
Täglich 8 Uhr
Traute Schöler, Inge Karlsen,
Eugen Kallit, Erwin Hartung
in
„Die kleine Sünderin“
Schauspielerin ist 13 Jahre
v. H. Zarietti u. W. Prager.
Musik von Jean Gilbert.

Das preiswerte Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI
Wo speist man gut und billig?
Nur **Bross-Berlin**
Alexandriplatz

Tätowierungen
Muttermale, Zehnerfische
unter voller Garantie
teuer Stechen, kein Schneiden.
Cusler, Eisasser Str. 28, 1. Treppe.
Rübe 10/11th. Pl. tägl. 10-6, Sonnt. 10-1.

Lustspielhaus
Ab Freitag, den 12. September
Täglich 8 1/4 Uhr
Meine Schwester und ich
Musik von Benatzky
Lory Leux,
Kurt von Möllenhof.

HANS WATERLAND
ALBANISTR. 1000
Das preiswerte Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI
Wo speist man gut und billig?
Nur **Bross-Berlin**
Alexandriplatz

Der gute Kapitän-Kaufabak
ist in den meisten Zigarrengesch. erhältlich.
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Köpenick, 3061

Muttermörder geisteskrank?

Sexuelle Verirrung als Grund der furchtbaren Tat?

Die furchtbare Tat des 24jährigen Kattikos Thieleck, der bekanntlich seine Mutter in ihrer Wohnung in der Joachim-Friedrich-Straße 33 in der Badewanne durch zahlreiche Dolchstiche ermordete, scheint jetzt ihre Aufklärung als ein Mord aus sexuellen-psychologischen Gründen zu finden.

Schon bei den ersten Vernehmungen des Täters war der Verdacht aufgetaucht, daß zwischen Thieleck und seiner Mutter ungewöhnliche Beziehungen bestanden haben. Thieleck stellte diese Annahme entschieden in Abrede. Erst jetzt wird bekannt, daß die gerichtsarztliche Obduktion seiner von ihm getöteten Mutter mit größter Wahrscheinlichkeit darauf schließen läßt, daß der Täter noch kurz vor Ausführung der Tat mit seiner Mutter Blutschande getrieben hat. Rechtsanwalt Dr. Mendel, der die Verteidigung übernommen hat, hat die Untersuchung des Mörders auf seinen Geisteszustand durch zwei erfahrene Gerichtsärzte, Sanitätsrat Dr. Leppmann und Medizinrat Dr. Dyrenfurth beantragt. Diefem Antrage hat sich Staatsanwaltschaftsbeirat Herz, der die Nordanklage auf Blutschande erweitert hat, wegen der besonders schweren psychologischen Beurteilung angeschlossen.

Infolge der eingehenden Untersuchung wird die Schwurgerichtsverhandlung kaum vor Ende dieses Jahres stattfinden.

Schwangerschaft kein Entlassungsgrund

Eine beachtliche Entscheidung des Arbeitsgerichts.

Schon durch ihr Programm ist die Sozialdemokratie Vorkämpferin für die Rechte der schwangeren Frau. Sie kämpft weiter für die Rechte der unehelichen Mutter. Von dem Erfolge ihrer Arbeit legte eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Zeugnis ab.

Eine unverheiratete Angestellte blieb eines Tages vom Dienst mit der Begründung aus, daß sie krank wäre und das Bett hüten müsse. Der Aufforderung der Firma, einen Vertrauensarzt aufzusuchen, konnte sie wegen ihres Zustandes nicht nachkommen. Einem Kontrollleur der Firma, der sie besuchte, teilte sie ihre Krankheit, nämlich Schwangerschaft, mit. Daraufhin wurde die Angestellte fristgemäß gekündigt. Hierin sah sie eine unbillige Härte und klagte auf Wiedereinstellung oder Zahlung einer Ent-

schädigung. Die beklagte Firma beantragte Abweisung, da nach der Judikatur verschiedener Landesarbeitsgerichte Schwangerschaft eine selbstverschuldete Krankheit sei und deshalb sogar zu fristloser Entlassung berechtige.

Das entscheidende Gericht ging hierauf nicht ein, da ja die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses nicht fristlos, sondern fristgemäß erfolgte. Es entschied, daß Schwangerschaft eine Dienstbehinderung sei, die im allgemeinen rasch überwunden würde, so daß die Klägerin ihren Dienst sehr bald wieder hätte antreten können. Die Firma wurde zur Wiedereinstellung der Klägerin oder zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt.

Trotzdem das Gericht der Beantwortung der Frage, ob Schwangerschaft schlechtweg als selbstverschuldete Krankheit anzusehen ist, aus dem Wege ging, verdient doch das Urteil deshalb besondere Beachtung, weil es beweist, daß die Arbeit der Sozialdemokratie für werdende und uneheliche Mütter nicht umsonst geleistet worden ist.

Vom Omnibus zermalmt.

Vier Todesopfer, darunter ein Berliner Ehepaar.

Sangerhausen, 9. September.

Vier Omnibusse der Kraftverkehrs-G. m. b. H. Mansfeld brachten am Dienstagabend gegen 6 Uhr zahlreiche Einwohner von Helbra zu einer Warenausgabe nach Sangerhausen. In der Nähe von Riefeld brach an einem Omnibus die Kardanwelle und zerfiel den Boden des Wagens. Vier von den etwa 60 Insassen stürzten durch das Loch unter den Wagen und wurden tödlich zermalmt. Unter ihnen befindet sich ein Ehepaar Nowacki aus Berlin NW. 67 sowie zwei Frauen aus Helbra.

Sieben Bahnarbeiter getötet!

New York, 9. September.

Auf dem Bahnhof in Philadelphia explodierte der Kessel einer Rangierlokomotive. Sieben Bahnarbeiter wurden getötet und 15 schwer verletzt.

beamtin Lehrlie, trag erhebliche Bunden davon. Das verletzte junge Mädchen und der Bankdirektor mußten in das Schöneberger Krankenhaus gebracht werden.

Das Ende eines Bankhauses.

Das Drontenerburger Schöffengericht verurteilte den 73jährigen Seniorchef der Bankfirma Martin Blumenthal wegen Betruges gegen das Depotgesetz und einfachen Bankrott zu sechs Wochen Gefängnis mit einer dreijährigen Bewährungsfrist und den jungen Oswald Blumenthal wegen Untreue, Betruges und einfachen Bankrotts zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren sechs Monaten Gefängnis, von denen zehn Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten. Weiter erkannte das Gericht gegen Oswald Blumenthal gemäß dem Antrage des Staatsanwalts auf fünf Jahre Ehrverlust und lehnte eine Aufhebung des Haftbefehls mit Rücksicht auf die hohe Strafe ab. Durch die Untreue der Firma sind zahlreiche keine Rentner um ihre letzte Habe gebracht worden.

Doch in dem Glanze der wiedergewonnenen Unabhängigkeit und der Freude, etwas zu tun zu haben, was der Mühe wert war, brachte sie es fertig, sich durch all diese Tag für Tag gleichbleibenden Einzelheiten durchzuarbeiten. Und sie wurde dafür belohnt, da die ganze Arbeit durch persönlichen Kontakt reizvoll wurde. Die meisten Leute, denen sie bei Truar u. Fein begegnete, gefielen ihr außerordentlich gut; sie freute sich, mit ihnen zu reden, zu arbeiten und als anständiger, denkender Mensch und als Frau ernst genommen zu werden.

Im Gegensatz zu den zwei Jahren, deren Stunden entweder leer oder von Schwirch erfüllt gewesen waren, schien dieses Büroleben von höchster Würde. Es mochte wohl sein, daß einige von den Männern, denen sie dort begegnete, zu ihren Frauen daheim nur Schwirche waren; doch ihr gegenüber waren sie Arbeitskollegen. Sie glaubte nicht, daß die lange Arbeitszeit, die Eiferüchteleien und die Bladerlei, oder die Meinung des Herrn Turac, daß er einige Stufen über der gewöhnlichen Menschheit stehe, wünschenswerte oder notwendige Begleiterseignungen des Lebens bei Turac u. Fein wären. Auch hier sah sie, wie neunstündige Arbeit schlauke Mädchen in dürre Frauenzimmer verwandelte. Doch jetzt war der Gesichtspunkt, unter dem sie dies alles ansah, ein ganz anderer. Statt nur die Schattenseiten des Geschäftslebens zu betrachten, war sie bestrebt, darin auch allen denkbaren Segen zu erkennen. Und ohne die Ueberzeugung aufzugeben, daß alles in gewisser Hinsicht freundlicher gestaltet werden könnte, war sie doch imstande, von einem höheren Standpunkt, als dem ihrer eigenen Müdigkeit, zu erkennen, daß die Welt der kaufmännischen Stellen, Büros und Geschäfte sich anerkennenswerter weit über jenes trübe Wirrwarr der Politik, der Vergnügungen und verfluchten Schwirche erhoben hatte. Wieder glaubte sie, wie sie in der Handelschule unreif geglaubt hatte, daß das Geschäft sich als etwas Bestumspannendes, Allgemeingültiges zu fühlen beginne und anfangs, von Gemeinsinn, ritterlichen Tugenden und Verantwortungsfühl durchdrungen zu werden.

So nach dem Guten aussehend (manchmal, in ihrer Endbederlichkeit fast mit der Freude des Herrn Herbert S. Koh, der im Vorübergehen keine ertragbringende Blumen zarten Empfindens aufnahm), gelang es ihr auch, mehr tägliches Glück rings um sich zu sehen.

Zum Glück waren Truar u. Fein ein gutes Büro; nicht allzu überlastet, überorganisiert und mechanisiert wie der Betrieb bei Pemberton; nicht unsicher wie Troy Wilkins. Trotz Herrn Truar' Hang zu höflichem Gemümmel wurde die Ar-

Fleischsmuggel der Mitropa.

Zu 14 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Frankfurt a. M., 9. September.

Die Direktion der Mitropa in Frankfurt a. M. wurde durch die hiesige 3. Strafkammer wegen Fleischsmuggels über die saarländische Grenze und wegen Zollhinterziehung zu einer Geldstrafe von 14 000 Mark und einem Wertesah in Höhe von 7000 Mark verurteilt.

Im Jahre 1929 hatte ein durch die Mitropa entlassener Oberkellner Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, daß in den Speisewagen der D-Züge, die zwischen Frankfurt a. M. und Saarbrücken oder Wiesbaden und Saarbrücken verkehren, erhebliche Mengen Fleisch aus dem Saargebiet geschmuggelt worden waren. Vom Einzelrichter wurde der Oberinspektor Reisinger, der die Frankfurter Direktion der Mitropa vertrat, freigesprochen, da der Richter den Beweis für erbracht hielt, daß die Direktion der Mitropa von dem tatsächlich geübten Schmuggel keine Kenntnis gehabt habe und die Angaben des entlassenen Oberkellners, daß der Schmuggel sich unter Aufsicht der Direktion vollzogen habe, dem Tatsachen nicht entsprach. Die Staatsanwaltschaft legte jedoch gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung ein, so daß sich die Strafkammer nochmals mit der Angelegenheit zu befassen hatte.

Auf Grund von Zeugenaussagen, bei denen die Befundungen der Beamten der Saargolämter eine Rolle spielten, kam die Strafkammer zu der Ueberzeugung, daß die Mitropa-Direktion unter allen Umständen von dem Schmuggel gewußt haben mußte, da über den Unterschied zwischen der Menge des eingekauften Fleisches und dem bezahlten Preis hätte auffallen müssen.

„Kalfänger“ aus Hunger.

Großes Gratis-Maleffen im Park.

Vor einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen, ging der Arbeiter Willi G. hungrig durch die Amsterdamer Straße und bemerkte ein Lieferauto, dessen Tür offen stand. Er stahl eine Kiste mit Spickdosen und rannte damit in einen nahegelegenen Park.

Dort sprach er einen jungen Mann an, der ihm ein Instrument zum Öffnen der Kiste schenkte und dafür mehrere Male erhielt. Nachdem G. sich selbst gefättigt hatte, fing er an, die übriggebliebenen Fische an die Passanten zu verschenken. Aber schon wurde er von dem Autobesitzer, der den Diebstahl bemerkt hatte, und einem Polizeibeamten verfolgt. Er ließ seine Kalkiste im Stich und flüchtete durch den Park und in ein Haus, die Treppen hinauf auf das Dach, wo er festgenommen wurde. Der Staatsanwalt hielt die Tat für Mordraub und beantragte vier Wochen Haft. Den Schnellrichter, vor dem der Angeklagte seine Tat unumwunden zugab, hielt einen Diebstahl für vorliegend und stellte das Verfahren ein, da ein entsprechender Strafantrag des Bestohlenen fehlte.

Liste 1-Geschwader über Oberschlesien.

Glänzender Verlauf des Deutschlandfluges.

Das Liste 1-Geschwader der Sozialdemokratischen Partei startete gestern in Gleiwitz und traf im Laufe des Tages in Breslau ein. Die Maschinen, die bis jetzt über 3000 Kilometer zurückgelegt haben, befinden sich noch in tadellosem Zustande. Auch die aus 5 Piloten und 2 Monteuren bestehende Besatzung hat sich ganz vorzüglich gehalten und alle Hindernisse überwunden.

Das Geschwader wird voraussichtlich am Donnerstag oder Freitag wieder in Berlin eintreffen, um an den letzten Tagen vor dem Wahl hauptsächlich in der Provinz Brandenburg intensiv für die Sozialdemokratie zu werden.

beit in aller Sachlichkeit und Ruhe erledigt. Und das war ein Glück. Büros unterscheiden sich voneinander wie Bürochefs, und hätte das Schicksal Una nochmals zu einem nervenzerrütenden Betrieb, wie dem von Pemberton, verdammt, wären ihre schwachen Kräfte leicht gebrochen worden. Sie wäre vielleicht wieder Schwirch und der Bosse verfallen.

Friedlich wie der Gesang heimkehrender Schnitter schienen ihr nun die scherzenden Reden der Männer und Mädchen, die um fünf Uhr fünfunddreißig in Gruppen auf den Fahrstuhl warteten. Das freundliche „Gute Nacht, Frau Schwirch!“ klang wie ein Segenswunsch zur Vesperzeit, lieblich und feierlich zugleich, voll Friede und Freundschaft.

Und Ruhe fand sie, wenn sie abends in dem verlassenem Büro zurückblieb. Hier konnte sie kein Schwirch erreichen. Hier zählte ihre Arbeit im großen Betriebe der Welt — im Schaffen von Vorstadtheimen für Männer und Frauen und Kinder. Sie leuchtete und fühlte die Leere ihres Herzens, wenn sie an die Kinder dachte. Doch hier war Ruhe und die glühende Schönheit der Stadt, wenn über die abendlich dunklen Weiten funkelnde Lichter sich reihten und aus dem kleinen französischen Restaurant sehnsüchtige Geigen zu ihr herüberdrangen. An warmen Herbstabenden pflegte Una oft am Fenster zu stehen, verunken in den Anblick des Abendrots über dem North River; Rauchwolken aus den Fabriken in Jersey zogen dahin über den weiten, rotgefleckten Himmel, die Luft war duftend und kühl, und die geschimmernden Fenster der anderen Wolkenträger sandten Grüße wie Freunde aus der Fremde. Oft bildete sie sich ein, daß sie dem Sonnenuntergang zusehe, weit oben im Norden, an einem im Waldesdunkel ruhenden See; und aufsteigend im Gefühl tiefer Zufriedenheit, nicht der Ruhelosigkeit, wendete sie sich wieder der Arbeit zu. . . . Wenn sie allein arbeitete, schien es keine Zeit mehr für sie zu geben. Sie war Herr ihrer Zeit und dieses Büros. Wie, wenn sie erst um acht fortginge, ihr Abendbrot zu essen? Sie konnte essen gehen, wann immer es ihr beliebte. Wenn irgendein vierähriger Mensch, namens Eddi Schwirch, hungrig würde, mochte er sich allein um sein Abendbrot kümmern. Was tat es, wenn sie langjam arbeitete? Nicht gab es keine telephonischen Anrufe mehr, keinen Herrn Truar, der sie störte. Sie konnte gemächlich sein und ihre Arbeit tun, wie es sich gehörte. . . . Sie fürchtete sich nicht mehr vor der knisternden Stille ringsumher, wie Una Golden einst bei Troy Wilkins. Sie war nun eine ganze Frau und vermochte die leeren Räume des verlassenem Büros mit ihren bunten Gedanken zu beleben.

(Fortsetzung folgt)

SINCLAIR LEWIS

DER ERWERB

ROMAN

Er warf ihr von der Seite einen richtig sehnsüchtigen Blick zu, aber Una konnte jetzt, da die Erinnerung an Mamie Ragen — die lahme Frau mit dem goldenen Herzen — wieder so frisch in ihrem Gedächtnis stand, kein begeistertes Gekacker über die Stelle, die er voraussichtlich niemals bekommen würde, nicht ertragen.

„Nein, es tut mir leid —“, sagte sie und schloß die Tür hinter sich. Von der Straße aus sah sie ihn verwirrt und betroffen am Fenster stehen. Sein Gesicht wurde jetzt immer röter und bekam einen kindischen und schwachsinigen Ausdruck. Er tat ihr leid — aber sie war nicht stark genug, um etwas für ihn tun zu können. Sie bemitleidete ihn wie irgendeine fremde, räudige Katze auf der Straße, die man nicht mit nach Hause nehmen kann.

Sie mußte nicht, wohin sie gehen sollte. Stundenlang irrte sie planlos umher und ah schließlich in einer Frühstücksstube und Konditorei in Harlem ihr Abendbrot. Für Augenblicke kam sie sich heimatlos vor, und hatte ständig profane Fußschmerzen vom vielen Gehen, aber dann und wann begriff sie, daß sie nun doch wieder eine Möglichkeit hatte.

Neunzehntes Kapitel

1.

So begann Frau Una Golden-Swirch im Alter von einunddreißig Jahren ihre Geschäftskarriere als Privatsekretärin des Herrn Truar von der Firma Truar u. Fein.

Ihr alter Feind, das erdrückende Alltagsmerkel, lauerte immer noch im Hinterhalt. Die ewig gleiche Arbeit, Diktate aufnehmen, Briefe schreiben und ablesen, Herrn Truar erinnern, wer Frau U. war und was Herr B. telephoniert hatte, Skizzen, Blaupausen, Pläne und Vorbemerkungen in Ordnung halten, Kartothekblätter anlegen, über die Unterhandlungen mit voraussichtlichen Käufern von Vorstadtbaugründen. Sie konnte diese Arbeiten nicht, wie sie gehofft hatte, als eine Reihe lustiger Ueberraschungen hinnehmen. Sie war oft müde, oft niedergeschlagen.

Auf einen Jeden kommt es an!

Jeder tue seine Pflicht! Nutzt die letzten Tage. Werbt für eure Partei und eure Zeitung, den „Vorwärts“

Das andere Gesicht Amerikas.

Engländer und Amerikaner für die unterdrückten Völker.

Die Ortsgruppe Berlin der Weltjugendliga veranlaßte kürzlich unter ihrem Vorsitzenden Dr. Otto Reinemann englische und amerikanische Freunde. Der erste Redner des Abends war das Mitglied der amerikanischen Sozialistischen Partei Genosse Professor Matthews aus New York, der Sekretär der nordamerikanischen Gruppe des Internationalen Verständigungsbundes, der sich die Verständigung der Völker, insbesondere auch die Befreiung der unterdrückten Rassen zum Ziele gesetzt hat. Genosse Matthews ist auf einer seiner Propagandareisen durch Europa begriffen, nachdem er vorher Jahre lang Erklärungen als Professor an der bedeutendsten Regierungsschule Howard in Washington gehalten hat. In seinem Vortrage „Amerika und Europa vom Standpunkt eines Sozialisten“ wandte er sich gegen die heutige amerikanische Demokratie, die keine wahre Demokratie sei, sondern ein Werkzeug reaktionärer Kreise. Besonders Präsident Hoover habe die Sozialisten schwer enttäuscht, denn gerade er habe, obgleich er Demokrat sei, die Konserpativisten in seinen engeren Kreis gezogen und ihnen zur größeren Macht verholfen! Die reaktionäre Haltung Nordamerikas habe sich in der letzten Zeit besonders in den Zollgesetzen und in der Arbeiterfeindschaft gezeigt. So sei im vorigen Jahre die amerikanische Welt mit beispielloser Grausamkeit gegen die 150 000 arbeitslosen Demonstranten in Detroit vorgegangen. Das Sozialisierungsproblem ist in den Vereinigten Staaten noch nicht in Angriff genommen, obgleich die 4 Millionen Arbeitslosen zur Lösung neuer wirtschaftlicher Probleme drängen. Aber wie soll die sozialistische Bewegung in Nordamerika vorwärtsgen, wenn die sozialistische Partei nicht durch einen einzigen Abgeordneten im Kongreß vertreten ist? Der Vortrag Matthews wurde mit Begeisterung aufgenommen.

Als zweiter Redner des Abends sprach Harold F. Bing, der Führer der pazifistischen Jugendbewegung in England, über „England und Indien“. Bing, der als Kriegserweigerer weit über die Kreise seiner Anhänger hinaus bekannt geworden ist, betonte, daß es Gandhi tatsächlich gelungen sei, die großen bäuerlichen Massen aufzurütteln, obgleich dieser Erfolg in Europa oft bezweifelt werde. Diese Leistung sei bei dem niederen kulturellen Niveau des Volkes, bei seinem Analphabetentum ganz ungeheuerlich, denn nur 10 Prozent können ihre Muttersprache und nur 1 Prozent englisch schreiben. Jede Propaganda beruht also allein auf mündlicher Erweckung. — Eine außerordentlich schwierige Stellung hat MacDonald und die englische Arbeiterregierung. Ihre Hände sind gebunden: bei einer Unabhängigkeitserklärung Indiens würde wahrscheinlich die englische Baumwollausfuhr schwer leiden, und dadurch auch die englische Arbeiterkraft in eine noch schlimmere Lage geraten. Schon durch den jetzt eingeleiteten „Passiven Widerstand“ der Inder sei die englische Einfuhr nach Indien um 25 Prozent gesunken. Die Einleitung dieses „Passiven Widerstandes“ als neues Werkzeug scheint Bing von allgemeiner großer Bedeutung im unblutigen Kampf der Völker. Er glaubt ferner, daß in höchstens 2 bis 3 Jahren Indien seine Unabhängigkeit erklärt haben wird, und dieser Erfolg wird den siegreichen Kampf für die Freiheit der anderen unterdrückten Völker und Rassen erleichtern.

Menschenfalle: Linden-Café Ritterstraße

Ein Zeitungsfahrer warnt.

Ein Zeitungsfahrer schreibt uns: Fast täglich liest man in den Tageszeitungen von Auto- und Motorradunfällen, die zum größten Teil auf das Konto der Raserei geschrieben werden. Betrachtet man die Sache aber einmal von der anderen Seite, so bekommt man ein anderes Bild. Siehe z. B. Linden-Café Ritterstraße! Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht an dieser verkehrsreichen Ecke Zusammenstöße erfolgen. Während an weniger stark befahrenen Kreuzungen Verkehrsposten stehen, hat man bis jetzt noch nicht daran gedacht, hier den Fahrzeugen und Fußgängern Schutz zu gewähren. Hier liegt das stört besuchte Postamt 68. Schon deshalb wäre es von Nutzen, für eine reibungslose Abwicklung des Verkehrs zu sorgen. Vielleicht kann die Behörde einmal diese Ecke in Augenschein nehmen!

Kunstausstellung im Grünen.

Der „Künstlerbund Norden“ zeigt in Pantow, in dem Ausstellungsort im Bürgerpark, eine Kunstausstellung. Der malerische alte Park vermittelt den Besuchern der Ausstellung schon eine festliche Vorstimmung. Die schön aufgemachte Kunstschau enttäuscht nach diesem Empfang nicht. In kleinen Kästen sind die Bilder und Plastiken angeordnet, sehr übersichtlich, dabei in farbigem Zusammenklang, so daß nie der Eindruck des einzelnen Wertes von seiner Umgebung vernichtet wird. Die Mitte des Saales schmücken von grünen Pflanzen umgeben, Plastiken, darunter ein schöner Frauenakt von Burbohl. Das Niveau der Kunstwerke ist im ganzen recht hoch, in einzelnen Werken den Durchschnitt weit übersteigend, selten ihn unterschreitend. Die Ausstellung, die täglich von 12 bis 20 Uhr bei einem Eintrittsgeld von 30 Pfennig dem Publikum zugänglich ist, soll vor allen Dingen aber eine Verkaufschau sein. Die Preise der Kunstwerke sind mäßig. Für etwa 20 Mark kann man bereits eine gerahmte Radierung erstehen; größere Gemälde kosten natürlich einige hundert Mark. Aber durch Zahlungserleichterung soll auch weniger bemittelten Kunstfreunden die Möglichkeit geboten werden, auch solche Werke zu erwerben.

Am 24. fährt wieder fahrplanmäßig. Nachdem die Sperrung der Kreuzung Alexanderstraße, Schicklerstraße, Blumenstraße am Dienstag aufgehoben ist, fahren die Automobile der Linie A 24 ab Mittwoch, den 10. September, mit Betriebsbeginn wieder den fahrplanmäßigen Weg über Holzmarktstraße, Alexanderstraße.

Die Ausstellung „Blumen—Vögel—Fische“ in den Gesamträumen der „Neuen Welt“, Berlin S. 59, Halenheide 108—114, zog am Sonntag nahezu 10 000 Besucher an. Die täglich steigende Besucherszahl ist der beste Beweis für die Volkstümlichkeit. Die Ausstellung wird am Mittwoch, 21. Uhr, geschlossen.

Die Rückkehr der deutschen Ozeanflieger. Der deutsche Ozeanflieger von Gronau und seine Gefährten werden am 11. September an Bord der „Hamburg“ die Rückreise nach Deutschland antreten.

Kohlenfelder der Bewag.

Neues Bauprogramm. — Gesamtbedarf 67 Mill. — Gaswerke beteiligt.

Berlin wird die Stadt des Lichtes. Das zeigt der tiefenhaft anwachsende Stromverbrauch, der einen dauernden Ausbau der städtischen Elektrizitätswerke erfordert. Das neue Bauprogramm sieht einen Gesamtbedarf von 67 Millionen vor, die durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen.

Wie die Bewag berichtet, gehen seit langem die Bestrebungen auf Gewinnung einer eigenen frachtgünstig zu Berlin gelagerten Braunkohlenbasis parallel mit dem Entschluß, in vermerkten Umfang zur Eigenstromerzeugung überzugehen. Sie führten auf der vom Aufsichtsrat gebilligten Erwägung, daß eine derartige Sicherung für den Fall des zu erwartenden, in der Zwischenzeit auch bereits bemerkbar gewordenen Anziehens der Preise für oberirdische Staubkohle unerlässlich sei. Der tatsächliche Beginn der Ausbeute hängt davon ab, ob der Steinkohlenmarkt sich so verhält, daß die Verwendung von Kreuzer Braunkohle sich wirtschaftlicher gestaltet, als Steinkohlenfeuerung.

Die feinerzeit zunächst in Option genommenen Kohlenfelder wurden, soweit sie abbaufähige Kohle enthalten, erworben. Die Felder liegen im nördlichen Teil des Kreises Guben, anstößend an den Oder-Spree-Kanal und an die Oder. Sie zerfallen

in drei große, als Nordfeld, Südfeld und Ostfeld bezeichnete Komplexe.

Das Nordfeld enthält unter Ausschluß der in der Obermiedlung gelegenen Flächen rd. 900 Millionen Tonnen Rohbraunkohle brutto mit einem Heizwert von 2270 kcal und 53—54 Proz. Wassergehalt. Die Kohle liegt mühen qualitativ zwischen der Senftenberger und der Mitteldeutschen Braunkohle. Das Südfeld ist 8—12 Meter mächtig, von großer Reinheit des Kohlenkörpers und liegt unter durchschnittlich 60—100 Meter Decke, es ist sehr gleichmäßig und störungsfrei, fähig bis ganz flachwellig abgelagert. Der unmittelbar an den Oder-Spree-Kanal anstößende Teil des Nordfeldes ist im Tagebau aufzuschließen. Die übrigen Feldesteile sind nach dem heutigen Stande der Technik noch als Tiefbaufelder anzusprechen.

Die Gaswerke haben sich an den Kosten für Erwerb und Untersuchungen ausschließlich Inventar mit 50 Proz. beteiligt. Die in den vorliegenden Bauprogrammen enthaltenen einzelnen Bauvorhaben sind nach genauer Prüfung durch den Aufsichtsrat als unerschwinglich anzusehen. Unter Berücksichtigung der in der Anlage gemachten Ausführungen hat der Magistrat im Einvernehmen mit der Finanz- und Steuerdeputation den Bauprogrammen zugestimmt.

„Wer rettet den Kapitalismus?“

Der Trickfilm wirbt für die Sozialdemokratie.

Es ist ein altes Wort, daß Lachen befreit. Das Lachen aber auch werden und entflammen kann, das sagten sich die drei Schöpfer des Wahlkampftrickfilms der Sozialdemokratie, die Genossen Erich Kuttner, Karl Holz und Alois Florath. Schon viele Wähler haben den gelungenen Film „Dem Deutschen Volk“ mit großem Vergnügen gesehen.

Im Bilde erscheint der Reichstag. Er trägt die Aufschrift: „Dem Deutschen Volk.“ Seine Kuppel öffnet sich, und wer erscheint, wer verneigt sich mit freundlichem Blick? Der Bürgerblock, dargestellt durch den Reichstanzler Brüning! Von der rechten Seite kommt herein der deutsche Agrarier, ein Hündchen an der Leine, das seinen Hut in der Schnauze hat. Der Bürgerblock wirft ihm Geld herunter, denn der Junker hat die Aufschrift „Dem Deutschen Volk“ ausgetischt und dafür „Dem deutschen Agrarier“ gefeilt. Der zylindergekleidete Industrielle, der ordengeschmückte General und der feiste Hausbesitzer machen es genau so, und jedem teilt Brüning, dem Schillerischen Mädchen aus der Fremde vergleichbar, seine Gabe aus. Zum Schluß naht freilich der Arbeiter, und er allein muß leer ausgehen, denn die Taschen des Bürgerblocks sind leer. Artikel 48 kommt als Stahlhelm über den Reichstag; der Arbeiter schlägt ihn beiseite, und Brüning schleppt den ganzen Reichstag weg, das heißt, er löst ihn auf. Die Frage wird gestellt:

„Dem Deutschen Volk!“ Am Reichstag steht's zu lesen, Laßt sehn, ob dieser auch für's Volk gewesen.“

Der Wahlkampf beginnt. Behaglich sitzt der Großbürger an einem Tischleindeckchen. Eine Gans, eine Fulle Wein fliegen heron, die Importzigarette wird mit Vergnügen geraucht, und „Seine Majestät der Großbürger arbeitet für sich alleine“, d. h., er macht ein Mittagschlässchen. Da aber naht mit Bolten ein Arbeiter, „Reuwohlen“ genannt. Der Arbeiter droht dem Schläfer.

Hier der schlichte Arbeiter, Dort der feiste Bürgerblock.

Der Schläfer fährt auf: Wer rettet den Kapitalismus? Die Kandidaten melden sich. „Ja, Alfred Hugenberg!“ Ein Holzschwert mit der Aufschrift „Diktatur“ zieht er aus der Aktentasche. Sein Bausch wird immer dicker, er plagt, und Splittparteiern kullern heraus. SOS-Rufe ertönen. „Wer rettet den Kapitalismus?“ „Ja, Adolf Hitler!“ Aus seinem Riesenmaul quellen Phrasen, aber als er „Tod den Marxisten“ ruft, plagt auch er. „Ja, der Bürgerblock.“ Er wirft seinen Anhängern einen Schinken vor, Maden, die Gruppchen von Gruppchen den Interessentenhäufen darstellen, fressen ihn auf. Es ist wieder nichts. „Wer rettet den Kapitalismus?“ „Ja, der Transportarbeiter Thälmann.“ Den riesigen Klotz der Arbeiterbewegung will er spalten, aber eine Hand greift dazwischen und stößt ihn beiseite.

Der Arbeiter gibt die Antwort auf die Frage „Wer rettet den Kapitalismus?“ Er jagt mit Klarheit und Wucht: „Niemand!“ Und er zeigt etliche besonders schwere Sünden der letzten Zeit auf. Da ist die Regesteuer, Frias Kopfsteuer, wo fünf Arbeiter und fünf Kapitalisten das gleiche in den Steuerfack werfen. Die Sozialdemokratie aber will, daß die Kapitalisten, die Reichen, am schärfsten herangeholt werden, und erst dadurch wird der Steuerfack prall und voll. Aus der großen Suppenkasselle des Bürgerblocks bekommt jeder einen großen Bissen. Der Bayer meldet sich sogar zweimal, nur für den Arbeiter bleibt nichts übrig.

Im Schlußbild erscheint dann zur Pyramide aufgebaut das Simmelsummersorium der Bürgerblockpartei. Hakenkreuzler und Koffronter stehen als Stützen zur Seite, um den Bankenden zu halten, der Sozialdemokrat aber stößt die üble Pyramide mit ihren ebenso üblen Stützen über den Haufen, und die Mahnung ertlingt: „So soll es sein am 14. September.“

Wo der Film gezeigt wird, erregt er helles Lachen und frohe Begeisterung. Auch er stärkt den Kampfwillen, am 14. September die Stimme nur einer Liste zu geben, der Liste 1, der Sozialdemokratie!

Unfall eines Rohlings.

Frau aus dem Fenster geworfen.

Gestern abend spielte sich im Hause Rheinsberger Str. 17 ein aufregender Vorfall ab.

Gegen 22 Uhr ertönen aus einem Fenster des ersten Stockwerkes plötzlich laute Hilferufe. Fast im gleichen Augenblick stürzte eine Frau auf den Bürgersteig hinab, wo sie mit schweren Knochenbrüchen ohnmächtig liegen blieb. Die Schwerverletzte wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Vorher hatte die Frau, eine 37jährige Elli Biedte aus der Büschingstraße, als sie einen Augenblick das Bewußtsein wieder erlangt hatte, noch angegeben, daß sie von dem 34jährigen Reinhold P. nach einem Streit aus dem Fenster geworfen worden ist. P. wurde daraufhin von der Kriminalpolizei festgenommen.

Diamond flagt — aber aussichtslos.

Die Polizei wartet in Ruhe ab.

Der amerikanische Verbrechertönig, Jack Diamond, der jetzt Deutschland auf einem Frachtampfer verlassen hat, will die Berliner Polizei verklagen, weil diese seiner Ansicht nach unrechtmäßig seine Festnahme erwirkt und ihn vor Erledigung seiner „Geschäfte“ in Deutschland abgeschoben hat. Diamond, der einen Berliner Rechtsanwalt mit seiner Vertretung beauftragt hat, stützt sich darauf, daß ein Haftbefehl gegen ihn nicht vorgelegt habe und daß er das Recht gehabt habe, sich in Deutschland aufzuhalten, da das deutsche Generalkonsulat ihm die Einreiseglaubnis erteilt habe. Diamond verlangt eine recht erhebliche Summe als Schmerzensgeld für die erlittene Haft, ferner einen noch größeren Betrag für „erlittene Kreditfähigkeit“ und schließlich die Kosten für die Hin- und Rückreise.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, steht man im Berliner Polizeipräsidium der Zivilklage Diamonds mit großer Ruhe entgegen, da die Rechtslage ganz klar und eindeutig ist. Diamond hat vom deutschen Generalkonsulat die Einreiseglaubnis erhalten und er hat auch die deutsche Grenze überschritten dürfen. Er ist also nicht daran gehindert worden, nach Deutschland zu kommen.

Nachdem jedoch die amerikanische Botschaft den offiziellen Antrag auf Festnahme des Verbrechertönigs gestellt hatte, mußte die Polizei eingreifen.

Die fleißigen Kleingärtner.

Mit sehr viel Liebe und Fleiß, die aber auch gelohnt wurden, hatte der Bezirksverband Weiskensee E. V. vom Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands seine sechste Kleingärtnerbauausstellung vorbereitet. Als idealer Raum war die mit Schwarzrotgoldenen Rahmen reich geschmückte Stadthalle in Weiskensee gewählt. Auf langen Tafeln standen, aufs schönste geordnet, Blumen. Eine geschickte Hand hatte sogar ein ganzes Haus aus Inmottellen geschaffen. Stimmden diese farbenfrohen Boten des Herbstes, da sie zugleich die Scheidestunde des Sommers verkünden, den einen oder anderen Besucher traurig, so wurde er sogleich wieder froh gestimmt, wenn er die auf den benachbarten Tischen liegenden köstlichen Fruchtgaben des Herbstes betrachtete. Da war doch auch alles vorhanden, Kessel, Birnen, Pfäffchen, Stachelbeeren, Weintrauben und Schattenschmorellen! Nicht minder üppig waren die Gemüsestände angefüllt. Zwischen Bohnen und Kohlrabi, Majoran und Pfeffer prangte auch manch mächtiger Kürbis von einem solchen Umfang und Gewicht, daß nur Manneskraft ihn von der Stelle rücken konnte. Diese Ausstellung zeigte wieder deutlich, daß der Kleingarten keine Spielerei ist, sondern eine wirtschaftliche Errungenschaft bedeutet, die dem arbeitenden Volk unbedingt erhalten bleiben muß.

Sunlicht Seife
gibt Reinheit
weil sie rein ist

Massenaufmarsch in Grünau.

Das Lautsprecherauto als guter Wahlhelfer.

Wer gestern nachmittag am Bahnhof Grünau ausstieg, wurde mit Gefang und Musik empfangen, er konnte daneben die Reden sozialdemokratischer Parteiführer hören. Das große Lautsprecherauto der Partei hatte sich am Bahnhof postiert und fand größte Beachtung.

Um den Wagen stand auch immer ein dichter Schwarm, der die abwechselnden Darbietungen mit Interesse verfolgte. Partei, Reichsbanner und Jugend sammelten sich am Bahnhof Grünau, um in einem Gemalmarsch von zweieinhalb Stunden durch die Siedlung Bohnsdorf und die Dirschaffen Glienke und Adlershof zu marschieren. Die Beteiligung war sehr gut. In Glienke und Adlershof sprach Genosse Dressel, dessen Rede verstärkt durch den Lautsprecherwagen einen großen Zuhörerkreis fand. Die recht temperamentvollen Ausführungen, in denen die Lebensverhältnisse des Arbeiters im kaiserlichen Vorkriegsdeutschland mit denen in der Republik verglichen wurden, fanden starke Zustimmung. Die Sozialdemokratie führt den Kampf nicht „gegen die Beseitigung der sozialreaktionären Konvergenz, sondern für die Erhaltung des politischen Mitbestimmungsrechts. Wer von den Arbeitern nicht in Knechtschaft leben will, wer nicht für einen dauernden Bürgerkriegszustand sich begeistern kann, der wird nie und nimmer den rechts- und linksradikalen Parteien seine Stimme geben. Wer für Zusammenfassung der sozialen Kräfte und für soziale Gesetzgebung ist, der stimmt mit uns am 14. September für Liste 1.

Gemeinsame Front aller Arbeitenden.

Auch die Versammlung der sozialdemokratischen Betriebsfraktion beim Landesarbeitsamt Brandenburg legte Zeugnis ab von der unermüdbaren Arbeit, die überall für die Sozialdemokratie geleistet wird. Landtagsabgeordneter Otto Meier sprach über den Kampf der Unternehmerrschaft gegen die Sozialversicherung, der ein Kampf gegen das Lebensniveau der Arbeiterschaft ist. Die Regelung des Arbeitsverhältnisses durch Tarif- und Schlichtungswesen hat die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen erheblich gehoben, dem Druck der Referoarmee auf die Lohngestaltung wurde durch die Erwerbslosenversicherung ein Riegel vorgeschoben. Heute benutzt das Unternehmertum die schwere Wirtschaftskrise, um gegen die Erfüllung der sozialen Aufgaben durch die Republik anzukämpfen. Die reaktionären Steuerordnungen der Brüning-Regierung zeigen deutlich genug, wohin der Weg bei uneingeschränkter Herrschaft des Bürgertums geht. Die Masse des Volkes wird ungeheuer belastet, während man die Kapitalkräftigen schon. Bei dieser Wahl geht es darum, den Abbau der sozialen Einrichtungen, der durch den Sturz der Regierung Müller eingeleitet wurde, mit vereinten Kräften aufzuhalten. Diesen Kampf führen Arbeiter, Angestellte und Beamte gemeinsam mit der Sozialdemokratie.

Sozialdemokratisches Verantwortungsbewußtsein!

Auch die Abteilung Treptow konnte am Dienstagabend einen imposanten Aufmarsch zeigen. Nach dem Umarmen, der auch durch die neuen Siedlungen in Treptow führte, sprach im Viktorienpark die Reichstagsabgeordnete Clara Bohm-Schuch zu den Treptower Wählern. Die Versammlung war so stark besucht, daß auch der Vorraum überfüllt war. Die Referentin unterstrich, daß allein die Sozialdemokratische Partei mit Hunderttausenden von Funktionären und über eine Million Mitglieder mit Idealismus und Opfermut die Wahlarbeit ausgenommen hat. Bei keiner anderen Partei haben sich die Anhänger mit so starkem Nachdruck für den Wahlkampf eingesetzt. Das ist aber Beweis genug, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft erkannt hat, daß noch nie die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit so scharf gewesen ist. Durch sozialdemokratisches Mut und sozialdemokratisches Verantwortungsbewußtsein ist der Staat aufgebaut worden. Durch die Verantwortungslosigkeit des Bürgerblocks ist er in eine schwere Wirtschaftskrise getrieben.

Nach Angaben der Rednerin besteht in Regierungskreisen die Absicht, allen ländlichen Angestellten, vor allem aber den Frauen, ein niedrigeres Gehalt anzubieten. Diese Herabsetzung des Gehaltes soll so rechtzeitig erfolgen, daß man denen, die nicht mitmachen wollen, die Entlassung zum 1. April aussprechen kann. Diese Mitteilung rief besonders starke Erregung hervor und

wird vielleicht besonders mithelfen, den letzten Wähler über die Absichten des Bürgerblocks aufzuklären und ihn für Liste 1 zu gewinnen. Die von Kampfsgeist durchdrungenen Ausführungen fanden begeisterte Zustimmung.

Der Griff in das Portemonnaie der Hausfrau.

Im Gartenhof des Saalhaus Friedrichshain veranstaltete die Sozialdemokratische Partei vom Prenzlauer Berg eine wirklich glänzend gelungene Wählerversammlung. Bürgermeister Dr. Ostrowski sprach über den Parteienmischmasch und die Parteienzersplitterung des Bürgertums, die ein Anzeichen für den Bankrott der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist. Diesem Wirrwarr steht die Sozialdemokratie groß und stolz als eine einzige Massenpartei gegenüber. Auf sie gründet die Masse des Volkes ihre Zuversicht; ihre unerschütterliche Stetigkeit ist die beste Zukunft des bedrängten Volkes. Da die bürgerlichen Parteien großen Zulauf nicht mehr zu erwarten haben, wollen sie Unordnung schaffen, um dann mit den Mitteln der Diktatur regieren zu können. Darum muß die Sozialdemokratie so stark werden, daß niemand mehr an Diktatur zu denken wagt. Danach sprach Käthe Kern, die einen Appell besonders an die Frauen richtete. Das Schicksal des deutschen Volkes wird entscheidend von den Frauen mitbestimmt. Es kann den Frauen nicht schwer fallen, für die Demokratie zu stimmen, denn die letzten steuerlichen Maßnahmen der Bürgerblockregierung sind ein Griff in die Geldtasche der Hausfrau. Die Frauen haben es in der Hand, die eingeleitete Sozialreaktion noch aufzuhalten. Die Zukunft des Volkes steht auf dem Spiel. Die Frauen müssen für den sozialen Fortschritt und für die Sozialdemokratie stimmen.

Angestellte, kämpft mit uns!

In den Kammerböden sprach gestern Genosse Fritz Schröder vom Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten. Er ließ in eindringlichen Worten die angestelltenfeindliche Politik des Bürgerblocks Revue passieren. Er geißelte die Maßnahmen der bürgerlichen Angestelltenverbände, die sich stets als Schutzhorden des Kapitals bewährt haben. Vor allen Dingen aber wies er auf die Verdienste hin, die sich die Sozialdemokratie, als sie noch in der Regierung saß, um die Sache der Angestelltenchaft erworben hat. Die Angriffe des Bürgerblocks gegen das Schlichtungswesen hätten nur den Zweck gehabt, die Einflüsse des Staates bei der Gestaltung des Lohnniveaus außer Funktion zu setzen, und Herr Stegerwald habe ja auch das Schlichtungswesen durchaus im Sinne der Unternehmer aufgefaßt und durchgeführt.

Mit der Aufforderung an die Angestellten, die letzten Tage vor der Wahl zu denützen, um ihre Kollegen über den tiefen Sinn dieses Wahlkampfes zu belehren und ihre Stimmen für die Liste 1, für die Sozialdemokratische Partei zu gewinnen, schloß Fritz Schröder seine mit Begeisterung aufgenommenen Ausführungen.

Auch Osram für Liste 1.

In einer Betriebsversammlung der Firma Osram in Schönerts Festhölern sprach am Dienstagabend Kurt Lütke vor rund 1000 Personen über die Regierung Brüning und den Artikel 48. Der stürmische Beifall der Versammlung bewies, daß ihre überwiegende Mehrheit zu den freien Gewerkschaften und zur Sozialdemokratie steht. Störende Zwischenrufe der Kommunisten wurden von Lütke unter lebhaftem Beifall abgefragt. Als der Vorsitzende Genosse Basmann die Diskussion eröffnete, stellte sich heraus, daß sich der kommunistische Reichstagsabgeordnete Albricht uneingeladen eingedrängt hatte. Sein Versuch, gegen den Willen der Versammlung das Wort zu nehmen, scheiterte an dem entschiedensten Widerspruch der überwältigenden Mehrheit.

Fackelzug am Schlesißen Bahnhof.

Der Fackelzug des Kreises Mitte führte durch die Mietkafertenniederung zwischen dem Köllnischen Park und dem Schlesißen Bahnhof. Kampfwillen und Siegeszuversicht leuchtete aus den Gesichtern der marschierenden Menge; hunderte roter Fahnen und zahlreiche Transparente warben für den Sieg der Liste 1. Wer bei früheren Demonstrationen das Auftreten der kommunistischen Reute gerade in diesen Straßenzügen beobachtete und

dann sah, wie bei diesem gewaltigen Zuge sich die Kaulthelden rasch verzogen, für den ist nicht zweifelhaft, daß auch in diesem Arbeiterbezirk die Sozialdemokratie nach wie vor die Massen für sich hat.

Auch der Werbezug des Kreises Schöneberg wies eine ungeheure Beteiligung auf. Anschließend fand eine eindrucksvolle Kundgebung im Piccadilly statt. Kurt Löwenstein sprach. Am 14. September stehen wir als Klasse geschlossen gegen das allmächtige Kapital zusammen, als Schützer einer sozialen Demokratie.

Wohin an den Herbstsonntagen? Das schöne Wetter lädt jetzt im Spätherbst wieder hinaus aus dem steinernen Meer der Weltstadt in die herrliche Umgebung Berlins. Eine Fülle lohnender Ausflüge bietet sich hier dem Wanderlustigen. Wie groß die Auswahl ist, zeigt der von der Berliner Verkehrs-A.G. herausgegebene Ausflugsführer, der nicht nur eine genaue Uebersicht über die gesamte Berliner Umgebung bietet und das Finden des am Sonntag zu wählenden Zieles erleichtert, sondern auch mit ausgezeichneten Karten der Landschaftsaufnahme ausgestattet ist. Für jeden Ort sind Verbindungen und Entfernungen angegeben, so daß dem Wanderlustigen auch nach dieser Seite hin die Orientierung erleichtert ist. Der Führer, der zu dem außergewöhnlich billigen Preise von 40 Pf. bei den Schaltern der S-Bahn und der Omnibusse, sowie an den Schaltern der U-Bahn zu haben ist, wird seinen Benutzern sicherlich ein zuverlässiger Berater bei ihren sonntäglichen Ausflügen sein.

Kinderfest in Warenhäusern nicht gestattet. Ein bekanntes Berliner Warenhaus beabsichtigte in ihrem Dachgarten ein großes Kinderfest zu veranstalten. Der Polizeipräsident hat aus Sicherheitspolizeilichen Gründen dieses Kinderfest verboten.

Allgemeine Wetterlage.



Durch Mitteleuropa zieht jetzt eine Störungslinie, die feuchtmilde ozeanische und kühlere nordöstliche Luftmassen voneinander trennt. Die Temperaturen erreichten in der südlichen Hälfte Deutschlands meist 18 bis 22 Grad Celsius, während im Norden das Thermometer nur auf 14 bis 15 Grad fiel. Das nördliche Hochdruckgebiet, dessen Kern jetzt über dem Bismarck liegt, scheint sich mehr und mehr nach Süden auszudehnen. Dadurch dürfte bei uns der Zustrom der kühlen polar-konstanten Luftmassen aus Nordosten anhalten. Mit einer durchgreifenden Besserung ist aber vorläufig noch nicht zu rechnen, da in der Höhe bei uns warme südwestliche Luft weht, die Bewölkung und Niederschläge hervorruft.

Wetter für Berlin: Meist stärker bewölkt mit etwas Regen, Temperaturen wenig verändert. — Für Deutschland: Im Südwesten ziemlich warm, im Nordosten weiterhin kühl; allgemein stark mäßig bis trübe, vielfach auch Regen.

MAKEDON-Zigaretten sind so grundverschieden von gewöhnlichen Zigaretten, daß das Rauchen ein großes und neues Ereignis für Sie wird.

MAKEDON
Sozial 14



MAKEDON ZIGARETTENFABRIK G. M. B. H., MAINZ A. RH.
KONZERNFREI

Versprechungen, keine neue Arbeit!

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung ist eine Niete.

Die Maßnahmen der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung haben sich bisher auf dem Arbeitsmarkt nicht ausgedeutet. Die Zahl der Arbeitslosen ist durch Entlassungen der Großindustrie weiter gestiegen. Die Regierung hatte angekündigt, daß durch die von ihr eingeleiteten Maßnahmen noch rechtzeitig im Jahre 1930 für 300 000 Menschen Arbeitsmöglichkeiten neu geschaffen würden. Wenn im Gegensatz zu diesen Versprechungen nicht nur keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt, sondern eine weitere Verschlechterung eingetreten ist, so liegt das daran, daß einerseits durch die Untätigkeit der Regierung ein gut Teil der in Aussicht genommenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen überhaupt nicht oder vollkommen verspätet vorgenommen wurden, und andererseits die Auftragsvergabe von

Man muß daher zu dem Schluß gelangen, daß die jetzt erteilten Reichsbahnaufträge keine oder jedenfalls keine nennenswerten Neubeschäftigungsmöglichkeiten bieten konnten, sondern nur eine weitere Minderbeschäftigung der Lieferindustrien der Reichsbahn verhindert haben.

Nichtiges gilt für die Auftragsvergabe der Reichspost. Die Reichspost hatte in ihrem Voranschlag schon beträchtliche Kürzungen der Reinvestitionen für den Post-, Telegraphen- und Fernsprechtätigkeit, insgesamt um mehr als 35 Mill. Mark gegenüber 1929, vorgezogen. Sie hat dann, als mit der Verschärfung der Krise ein Rückgang der Posteinnahmen eintrat, noch Streichungen an ihren ursprünglich im Etat vorgesehenen Instandhaltungsaufträgen vorgenommen. Die jetzt erteilten Aufträge in Höhe von 200 Millionen Mark stellen also gleichfalls wie bei der Reichsbahn keine eigentlichen Zusatzaufträge dar, sondern annähernd zum größeren Teil nur die eingeleiteten Auftragskürzungen.

Daß diese 200 Millionen Aufträge der Reichspost nur zum kleineren Teil Zusatzaufträge darstellen, geht schon daraus hervor, daß die Reichspost sich in dem Nachtragsetat nur neue Ausgaben für Ergänzung des Fahrzeugparks, Ausbau der Fernsprechanlagen und so weiter, insgesamt nur 90 Millionen hat bewilligen lassen.

Es bleibt dahingestellt, ob die beiden größten öffentlichen Unternehmungen, Reichsbahn und Reichspost, nicht ihrerseits bei energischer Einwirkung der Reichsregierung stärkere Anstrengungen zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit und Entlastung des Arbeitsmarktes hätten machen können. Wir glauben z. B., daß die

Reichspost nicht den Gesamterlös aus der Reparationsanleihe zur sofortigen Wiederauffüllung der Postfondsgelder hätte verwenden müssen, sondern mindestens einen Teil hiervon zur verstärkten Investition hätte benutzen sollen. Wir halten ferner den Standpunkt der Reichsbahn, Reinvestitionen nur insoweit vorzunehmen, als der Zinsendienst hierfür vom Reich getragen wird, nicht für haltbar. Die Reichsbahn darf sich auch in einer Zeit vorübergehend rückgängiger Einnahmementwicklung nicht den großen volkswirtschaftlichen Aufgaben und konjunkturpolitischen Funktionen, die sie als größter industrieller Auftraggeber ausüben kann, entziehen.

Aus alledem erklärt sich, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm bisher überhaupt keine Entlastung des Arbeitsmarktes bewirkt hat, nicht einmal das weitere Anschwellen der Arbeitslosenziffern verhindern konnte.

Angesichts der außerordentlichen Schwere der Krise ist die geringe Aktivität der Regierung Brüning in der Arbeitsbeschaffung unentschuldigbar. Auch hier hat man, genau wie in der Frage des Preisabbaus, große irreführende Versprechungen gemacht, sie aber nicht gehalten. So hat die Regierung durch Untätigkeit oder unzulängliche Maßnahmen in der Arbeitsbeschaffung wie überhaupt auf dem ganzen Gebiete der Krisenbekämpfung völlig versagt!

Ganze 16 Millionen.

Wie offiziös mitgeteilt wird, hat das Reich soeben als erste Rate zur Durchführung des zusätzlichen Reichswohnungsbauprogramms den Ländern Preußen, Bayern und Sachsen einen Betrag von insgesamt 16 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Geringfügigkeit dieses Betrages zeigt, daß in der Tat in diesem Baujahr durch das Reichsprogramm eine wirklich fühlbare Belebung des Baumarktes nicht zu erwarten sein wird.

Reichsbahn und Reichspost keine eigentlichen Zusatzaufträge darstellen, sondern größtenteils nur vorgezogene Einschränkungsmassnahmen wieder aufhebt.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm, angeblich in Höhe von 1 Milliarde Mark, sah zusätzliche Aufträge der Reichsbahn und Reichspost für zusammen 550 Millionen vor, ferner 250 Millionen für das Kleinwohnungsbauprogramm, einen Betrag in gleicher Höhe für Straßenbau und kommunale Kraftwerksarbeiten, die ihrerseits zum Teil durch die neugegründete „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G.“ finanziert werden sollten.

Für den Straßenbau und die öffentlichen Kraftwerksarbeiten ist überhaupt nichts geschehen. Seit Monaten sind die Verhandlungen über die Finanzierung der großen, volkswirtschaftlich wichtigen Straßenbauprojekte im Gange. Indessen ist es — bisher unwidersprochen — bekannt geworden, daß der Reichsbankpräsident Luther sich gegen die Aufnahme einer Auslandsanleihe für den Straßenbau ausgesprochen hat, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß zunächst dieses Projekt gescheitert ist.

Über die Kapitalbeschaffung für die neue „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ ist gleichfalls nichts bekannt geworden. Im Juli 1930 wurden bei Kraftwerksarbeiten noch nicht 35 000 Menschen beschäftigt, während im Vorjahre bei einer um die Million geringeren Arbeitslosenziffer mehr als 100 000 Arbeiter bei Kraftwerksarbeiten beschäftigt werden konnten.

Das Kleinwohnungsbauprogramm der Reichsregierung bleibt für die diesjährige Bauzeit ohne Bedeutung. Die Regierung hat hier so lange gezögert und so spät erst Gelder zur Stützung des Baumarktes bewilligt, daß in diesem Jahre kaum noch wirklich umfangreiche Kleinwohnungsbauten vorgenommen werden können.

Die künstlich gehemmten Kommunen.

Es kommt hinzu, daß diesen zusätzlichen Reichsmitteln für den Kleinwohnungsbauprogramm ein beträchtlicher Ausfall bei den zusätzlichen staatlichen und kommunalen Wohnbaumitteln gegenübersteht. Man kann annehmen, daß allein die Kommunen — angespannte Finanzlage und Umschuldungsaktion — in diesem und wahrscheinlich auch im folgenden Jahre ihre eigenen Zuschüsse und Darlehen zum Wohnungsbau um 100 bis 150 Millionen Mark kürzen müssen. Das Kleinwohnungsbauprogramm der Reichsregierung wird also kaum mehr als einen Ausfall für die anderwärts in Fortfall kommenden Zuwendungen bieten. Erst wenn die Kommunen die Möglichkeit hätten, ihrerseits durch Anleiheaufnahme Wohnbaumittel im bisherigen oder verstärkten Umfang zur Verfügung zu stellen, wäre mit einer Verstärkung der Wohnbautätigkeit und mit einer Verminderung der Massenarbeitslosigkeit im Baugewerbe zu rechnen. Voraussetzung hierfür ist zunächst die Aufhebung der über die Kommunen verhängten Anleiheblockade. Die Regierung Brüning will aber die Kapitalbeschaffung der Kommunen nicht erleichtern, sondern erschweren.

Wie sieht es bei Reichsbahn und Reichspost aus?

So bleibt als Kernstück der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung Brüning nur die Auftragsvergabe von Reichsbahn und Reichspost. Die Reichsbahn hat im Rechnungsjahr 1930/31 nicht für die ursprünglich vorgesehenen 350 Millionen, sondern nur für 272 Millionen Aufträge an die Industrie vergeben, die Reichspost für 200 Millionen. Von industrieller Seite ist bereits dagegen Verwahrung eingelegt worden, daß es sich bei diesen Aufträgen um zusätzliche Bestellungen handelt, die die Neueinstellung von Arbeitern ermöglichen. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ weist z. B. darauf hin, daß bei den Reichsbahnaufträgen u. a. an die Waggonindustrie nur einer zusätzlichen Beschäftigung gar keine Rede sein kann, da nur ein Bruchteil der normalen Aufträge vergeben wird und daß es daher auch irreführend wäre, eine zusätzliche Beschäftigung von mehr als 100 000 Menschen zu versprechen.

Das Reichsverkehrsministerium bestreitet jetzt, diese Zusicherung der Mehrbeschäftigung von 100 000 Menschen überhaupt gegeben zu haben, die Reichsregierung hat nicht einmal, sondern duhndemal versprochen, daß zusätzlich 300 000 Menschen durch ihre Maßnahmen Arbeit und Brot erhalten werden.

Bei näherer Prüfung zeigt sich freilich, daß mit dieser „zusätzlichen“ Auftragsvergabe von Bahn und Post insgesamt nur etwa gerade der Auftragsumfang des Vorjahres erreicht wird!

Die Reichsbahn hatte seit April dieses Jahres ihre Beschäftigungen einschneidend gedrosselt. Sie schrieb hierüber selbst in ihrem Aprilbericht: „Alle nicht betriebsnotwendigen Arbeiten, insbesondere zur Ausbesserung an den Fahrzeugen, wurden eingestellt. Der Gleisbau, der ursprünglich eine Leistung von 3500 Kilometer vorlag, wurde auf 2400 Kilometer eingeschränkt.“ Mit den jetzt vorgesehenen neuen Aufträgen an Oberbaumaterial dürfte gerade der Umfang der vorjährigen Erneuerung (3340 Kilometer) erreicht werden. Für Fahrzeugbeschaffung und Verbesserung sind im Vorjahre 232 Millionen aufgewendet worden. Die diesjährigen Aufwendungen dürften selbst unter Berücksichtigung der jetzt „neu“ herausgegebenen Aufträge an Lokomotivbau und Waggonindustrie in Höhe von 80 Millionen auch nicht annähernd den Vorjahresumfang erreichen. Wie stark die Reichsbahn ihre Beschäftigungen bereits einzuschränken begonnen hat, geht daraus hervor, daß die Ausgaben für Betrieb und Erhaltung der Anlagen in den Monaten April bis Juni d. J. um circa 43 Millionen Mark niedriger waren als im Vorjahre.

Räffel um Junkers.

Eine späte und sehr dunkle Bilanz.

Mit auffälliger Verspätung legt die Junkers-Flugzeug-A.G. Dessau ihren Abschluß für das am 30. September 1929 beendete Geschäftsjahr vor. Der Umsatz des Unternehmens hielt sich nach dem Geschäftsbericht auf der Höhe des Vorjahres, also um 10 Millionen Mark. Die Arbeitsintensität bei den ausländischen Filialen des Konzerns erfuhr nach dem Bericht eine Erhöhung (wodurch?); damit hängt das Anwachsen des Bilanzpostens „Forderungen an Konzernstellen (was sind eigentlich die „Konzernstellen“ von Junkers?) und „Zweigstellen“ von 2,99 Mill. Mark im Vorjahre auf 3,35 Mill. Mark zusammen. Gegenwärtig beträgt der Auslandsabsatz der Firma Junkers mehr als das Doppelte des Inlandsabsatzes.

Auf Kosten der Barmittel und Wertpapiere (375 075 M. am 30. September 1929 gegen 1,05 Mill. Mark am 30. September 1928) haben die Betriebsvorräte eine Steigerung auf einen Wert von 5,64 Mill. Mark erfahren; das hängt nach dem Bericht mit dem Bau größerer Flugzeugtypen als im Vorjahr zusammen. Der Bilanzposten „Empfangene Vorauszahlungen“ erfuhr gleichfalls eine beträchtliche Erhöhung (um 0,11 auf 2 Mill.); im Widerspruch damit stehen die Behauptungen der Verwaltung, daß infolge der zunehmenden Einstellung der Abnehmer auf sofortige Liefermöglichkeiten die gebräuchlichsten Typen auf Vorrat hergestellt worden seien und daß „es auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wiederum möglich war, sämtliche Ausgaben mit eigenen Mitteln zu decken“.

Der traditionelle Verlust der Junkers-Werke hat gegenüber dem Vorjahre eine Verdreifachung erfahren (456 000 M. gegen 150 000 M.). Der Gewinnvortrag, der noch von der 14 Millionen-„Ablösung“ des Reiches vom Jahre 1926 herrührt, erfährt dadurch eine weitere Verminderung auf 1,86 Millionen Mark.

Die Junkers-Flugzeugwert-A.G. hofft jetzt schon auf Export-Subventionierung, wie aus ihrem Bericht hervorgeht. Zweifellos hätte Junkers ohne die Reichs-„Ablösung“, des Subvention, von rund 14 Millionen von 1925 heute enorme Verluste. Es ist übrigens ein unmöglicher Zustand, daß Junkers als aus öffentlichen Mitteln unterstütztes Unternehmen sich zu geringerer Publizität verpflichtet glaubt als jede andere private Aktiengesellschaft. Die Firma Junkers hält es nicht einmal für nötig, darüber Auskunft zu geben, an welchen Orten sie eigentlich Zweigstellen unterhält und wie der Geschäftsgang während der eis Monate war, die zwischen dem Abschluß und der Bekanntgabe ihres Berichts für 1928/29 liegen.

Auch Reichsbank wartet auf Arbeit.

In der ersten Septemberwoche war die Entlastung der Reichsbank wieder so stark, daß man nicht sagen kann, die Banken hätten die Reichsbank zur Gewährung neuer Kredite schon nötig gehabt. Die Wechselbestände sind um 158,1 auf 1571,9 Millionen, die Lombarddarlehen um 155,2 auf 57 Millionen zurückgegangen. Die unverzinsten Gelder auf Girokonto nahmen um 47,2 auf 368,4 Millionen ab. Im Zusammenhang damit verringerte sich der Umlauf von Reichsbanknoten um 221,2 auf 4486,2 Millionen. Die Goldbestände blieben mit 2618,9 Millionen wieder fast unverändert, der Bestand an Deckungsdevisen nahm weiter um 23,1 auf 392,1 Millionen zu. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen zusammen verbesserte sich von 63,5 auf 67,1 Proz.

Was wird mit den Reifenpreisen?

Der Gummipreis stürzt weiter!

Der Rohgummipreis hat am Montag mit 32 Pf. für das englische Pfund (454 Gramm) einen neuen Rekordstand erreicht. Das neuerliche Sinken des Rohgummipreises ist die Folge des Scheiterns der viel diskutierten englisch-malaysischen Pläne zur Einschränkung des Anbaues und der Gummigerinnung, die wir wegen der ablehnenden Haltung der Reifenfabriken mit Plantagenbesitz von vornherein für aussichtslos hielten und deshalb ignorierten. Gegenwärtig sind nun die Gummivorräte der Welt so groß, daß für über 100 000 Tonnen Rohgummi keine Abnehmer in Aussicht stehen. Bei den Plantagen werden die kleineren Betriebe, die nicht allen Anforderungen neuzeitlicher Technik entsprechen, allmählich aber sicher ausgehollet. Die übrigbleibenden Großbetriebe arbeiten bei der gegenwärtigen Marktlage dank der niedrigen Eingeborenenlöhne auch jetzt noch nicht mit Verlust, wie

aus den Veröffentlichungen von zwei großen englischen Gesellschaften hervorgeht. Für die Zeit nach der Beendigung des eingeleiteten Ausschreibungsprozesses unter den Plantagenbetrieben liegt sehr wohl ein Preisrückgang der übrigbleibenden Großunternehmungen im Bereich des Möglichen.

Die Rohgummipreise sinken — sie sind auf weniger als einem Drittel ihres Standes vom Jahre 1925 angelangt, aber die Gummirifenpreise in Deutschland bleiben noch wie vor enorm hoch. Ihre maßlose Ueberhöhung durch das Reifentartell, auf die wir als erste hingewiesen haben, hat jetzt endlich auch Industrie- und Handelskreise zu Neuerungen des Wirtschaftens veranlaßt. Für den 1. Oktober 1930 ist nach den letzten Meldungen eine 10 prozentige Herabsetzung der Reifenpreise zu erwarten. Dieses Ausmaß ist völlig ungenügend. Die Beratungen der Reifenfabriken sind anscheinend noch nicht abgeschlossen. Gehen die Firmen bei der Preisermäßigung nicht beträchtlich weiter, so besteht keinerlei Anlaß, von einem amtlichen Vorgehen gegen sie im Rahmen der Kartellaktion abzusehen.

Zündholztrust überspringt USA-Zölle.

Die große Ausfuhr schwedischer Zündhölzer nach den USA war durch die amerikanische Zollhöhung fast unmöglich gemacht worden. Der Zündholztrust hat deshalb jetzt einen großen Posten Aktien der Diamond Match Corp. erworben, des größten amerikanischen Zündholzunternehmens, das eigene Sägemühlen, Zellstofffabriken und große Waldungen besitzt. Wahrscheinlich wird die Diamond Match Corp. mit der International Match Corp., der nordamerikanischen Tochtergesellschaft des schwedischen Zündholztrusts, verschmolzen werden.

Selbstfinanzierung bei Büromaschinen.

Gewinnvortrag fast die Hälfte des Kapitals.

Die Astrawerte A.-G., Chemnitz, ein junges Unternehmen zur Herstellung von Rechen- und Buchungsmaschinen, weisen für das Geschäftsjahr 1929/30 bei 800 000 Mark Kapital einen Reingewinn von 271 000 Mark aus (Vorjahr 359 000 Mark), der sich durch den Gewinnvortrag auf 434 000 Mark erhöht, also auf mehr als die Hälfte des Aktienkapitals. Das Unternehmen konnte den Vorjahresumsatz trotz einer Steigerung des Exports nicht erreichen; denn im Inland machte sich nach dem Geschäftsbericht insbesondere die Finanznot der Behörden geltend, bei denen mit der Bestellung von Rechen- und Buchungsmaschinen stark zurückgehalten wurde. Die Gewinnrechnung beweist jedoch, daß die Gesellschaft auch bei verringertem Umsatz noch sehr gut verdient hat. Im neuen Geschäftsjahr ist das Unternehmen trotz „nicht unbefriedigenden Auftragseingangs“ keineswegs voll beschäftigt.

Der Reingewinn soll nach dem Vorschlag der Verwaltung nicht zur Verteilung einer Dividende (Vorjahr 15 Proz.) verwendet, sondern im wesentlichen, angeblich mit Rücksicht auf die zweifelhafte Wirtschaftslage, vorgetragen werden; in Wirklichkeit soll er wohl dem weiteren Ausbau des Unternehmens dienen, für den auch eine Kapitalerhöhung um 425 000 auf 1,22 Millionen Mark vorgesehen ist. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft erhält trotz der Dividendenlosigkeit 36 250 Mark; 20 000 Mark werden dem offenen Reservefonds überwiesen, der dadurch auf die stattliche Summe von 283 000 Mark anwächst.

Zugabeverbot und Preisentzug. Der Reichsausschuß für das Zugabeverbot hat an den Reichswirtschaftsminister und den Reichswirtschaftsrat einen Appell gerichtet, dem Zugabewesen als einem wichtigen Teilgebiet der Preisentzugsaktion die gebührende Beachtung zu schenken und für eine Beseitigung dieses künstlichen Hindernisses einer normalen Preisbildung einzutreten.

Die Ammendorfer Papierfabrik A.-G. in Ammendorf bei Halle (Saale) kündigt die Verteilung von 10 Proz. Dividende für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr an (Vorjahr 12 Proz.). Die Kürzung der Dividende erklärt sich durch Erhöhung der Abschreibungen. Die Verwaltung hat sich im Herbst 1929 und noch in letzter Zeit sehr befriedigend über Auftragsbestand und Beschäftigung geäußert. Der gegenwärtige Wahlkampf hat der Papierindustrie unerwartete Sonderaufträge gebracht; daß Wahlfeldzüge einen ähnlichen Einfluß auf die Lage in der Papierindustrie ausüben, wurde schon anlässlich der letzten Kommunalwahlen von Fachkreisen bestätigt — Um so dringlicher ist eine Senkung der Papierpreise. Der Reichswirtschaftsrat stellte sich auch die sehr scharf kartellierte Papierindustrie näher ansehend.

Reich schafft Arbeitslosigkeit.

Wie sich das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ auswirkt.

Der Bundesvorstand des Deutschen Bauwerksbundes wendet sich in folgenden Ausführungen gegen den vom Reichsfinanzminister Dietrich angekündigten Abbau des Wohnungsbaufonds:

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat in einer vor wenigen Tagen gehaltenen Wahlrede erklärt, er wolle aus dem Hauszinssteuererlösen weitere 400 Millionen Mark dem öffentlichen Finanzbedarf zuführen. Wenige Wochen zuvor ist vom Reichskabinett ein Arbeitsbeschaffungsprogramm verhängt worden, das die Bereitstellung von etwa 575 Millionen Mark für Bauten vorsah. Von diesem Betrag sollten etwa 250 Millionen für den Wohnungsbau, der Rest für Bauten anderer Art verausgabt werden. 150 Millionen, davon 100 für den Wohnungsbau, sollten von der Regierung selbst aufgebracht werden.

Der Entschluß des Herrn Reichsfinanzministers der Finanzen ist nach eigener Erklärung nicht etwa ein letzter Ausweg zur Sanierung der Reichsfinanzen; der genannte Betrag soll vielmehr dazu dienen,

bei anderen Steuern Ersparnisse vorzunehmen.

Der Minister läßt sich dabei von der Hoffnung leiten, die Ersparnisse an anderen Steuern würden das Wirtschaftsleben befruchten.

Der Herr Reichsminister der Finanzen fällt damit in Gedanken zurück, die im vergangenen Jahre eifrig propagiert wurden, inzwischen aber als überholt gelten müssen und zu dem vom Reichskabinett versprochenen Wirtschaftsanierungsprogramm und dem gleichzeitig versprochenen mehrjährigen Bauprogramm in tristem Gegensatz stehen. Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit bei gleichzeitigem Entzug bisher Arbeitsgelegenheit schaffender Mittel ist widersinnig.

An je 1000 R. Hauszinssteuer hängen etwa 2300 R. weitere Wohnungsbaugeelder. Mit 400 Millionen Mark würden

dem Wohnungsbau insgesamt also 1300 Millionen Mark entzogen

werden, weit mehr als ein Drittel der Summe, die während des vorigen Jahres im Wohnungsbau überhaupt investiert wurde. Daß

die Hauszinssteuer durch andere Mittel ersetzt werden kann, muß als ausgeschlossen gelten. Es ist nicht einmal möglich gewesen, für die im günstigsten Falle nur doppelt so hoch verzinslichen Darlehen der Landesversicherungsanstalten und die noch ungleich teureren Darlehen der Sparkassen Ersatz zu finden, weil die Differenzen zwischen den Kosten dieser beiden Arten von Darlehen und denen des freien Marktes schon zu hoch sind.

Das Reichskabinett hat dem Wohnungsbau in diesem Jahre durch die Rahmlegung der Sozialversicherung — zwangswise Aufnahme von 150 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien, Leistung der Zahlung an die Invalidenversicherung für das vergangene Jahr in Reichsschatzwechseln, Halberung der Zollüberweisung an die Invalidenversicherung, Ueberwälzung der Kosten des Markterkaufs und der Rentenzahlung von der Reichspost auf die Invalidenversicherung — etwa 200 Millionen entzogen. Die Bereitstellung von 100 Millionen für den Wohnungsbau bedeutet also ohnehin eine nur teilweise Wiedergutmachung jener Schädigungen. Die in Aussicht gestellte Kürzung des Wohnungsbaufonds um weitere 400 Millionen würde die Rechnung zuungunsten des Reichskabinetts weiter verschlechtern:

Einem Entzug von 600 Millionen stünde eine Jubilation von 100 Millionen Mark gegenüber.

Gegen die geplante weitere Kürzung des Wohnungsbaufonds müssen wir Protest erheben. Zugleich sprechen wir nach Ermägung all dessen, was die Regierung zur Förderung und Schädigung des Wohnungsbauwesens getan hat, dem Kabinett das Recht ab, von sich zu behaupten, es sei um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht.

Das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ der Reichsregierung entpuppt sich immer mehr als ein Programm zur Schaffung von Arbeitslosigkeit. Von zusätzlicher Arbeitslosigkeit. Die Löhne werden gesenkt, wodurch die Kaufkraft weiter gedrosselt und damit die Arbeitslosigkeit erhöht wird. Und nun will man auch noch das Baugewerbe abdroffeln. Vorausgesetzt natürlich, die Wähler machen dem Reichsfinanzminister nicht einen dicken Strich durch seine Rechnung.

weiteren Abbau der Gehälter und tariflichen Bestimmungen herbeizuführen. Die Kleinbahndirektoren waren schon früher mit die reaktionärsten Unternehmer. Besonders deutlich wird das, seit an der Spitze der „A.-G. für Verkehrswesen“, ein Konzern, der den Arbeitgeberverband der Deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatseisenbahnen ziemlich beherrscht, ein durch die Inflation geförderter Kapitalist steht, der überdies ein prominentes Mitglied des Stahlhelms ist. Es gehört wohl zur Weltanschauung dieses Stahlhelmmannes, die Arbeitsbedingungen seiner Beamten, Angestellten und Arbeiter auf Unerträglichste niederzudrücken.

Der bevorstehende Streit um die Erneuerung des Reichstarifs für Beamten, Angestellten und Arbeiter der Neben- und Kleinbahnen wird ein schwerer Kampf werden. Diesen Kampf können die Neben- und Kleinbahner selber erleichtern, wenn sie am 14. September geschlossen stimmen für die Liste 1. Der Gesamtverband hat zahlreiche Kandidaten im Wahlkampf. Die Neben- und Kleinbahner tun gut, wenn sie dazu beitragen, daß unsere Kollegen in den nächsten Reichstag einziehen. Bei ihnen werden die Interessen der Neben- und Kleinbahner am besten aufgehoben sein und Vertretung finden.

Keine Einigung im Ruhrschiedspruch.
Vor der Entscheidung des Reichsarbeitsministers.
Vor der Entscheidung des Reichsarbeitsministers.
Die Verhandlungen, zu denen das Reichsarbeitsministerium die streitenden Parteien in der Frage des Schiedspruches im Ruhrbergbau eingeladen hatte, sind ergebnislos geblieben. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister, der sich in kürzester Zeit über die Frage der Verbindlichkeitserklärung entscheiden wird.

Keine Einigung im Ruhrschiedspruch.

Vor der Entscheidung des Reichsarbeitsministers.

Vor der Entscheidung des Reichsarbeitsministers.
Die Verhandlungen, zu denen das Reichsarbeitsministerium die streitenden Parteien in der Frage des Schiedspruches im Ruhrbergbau eingeladen hatte, sind ergebnislos geblieben. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister, der sich in kürzester Zeit über die Frage der Verbindlichkeitserklärung entscheiden wird.

Eisenbahner für Sozialdemokratie.

Gegen Diktatur.

In der Mitgliederversammlung am 5. September warf Genosse Scheffel, Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, die Frage auf, ob in der nächsten Zeit die Demokratie oder die Diktatur kapitalistischer Interessenten in der deutschen Republik herrschen soll.

Die Regierung Brüning hat es verstanden, in widerrechtlicher Anwendung des Artikels 48 in wenigen Wochen nicht nur alles zu zerstören, sondern auch die Löhne und Gehälter durch Schiedsprüche zu senken. Statt der Lohnsteuer hat sie die Besitzsteuer gesenkt. Obendrein aber der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften die Schuld zuzuschreiben an der ungeheuren Schädigung, die aus diesen Maßnahmen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erwuchs, ist die größte Demagogie, die Zentrum samt Kommunisten einschließlich aller rechts und reaktionär eingestellten Parteien leisten. Es ist darum unbedingt Pflicht auch sämtlicher Eisenbahner, dafür zu sorgen, daß im kommenden Reichstag nicht wie bisher 152 sozialdemokratischen Abgeordneten 338 arbeitereindliche gegenüberstehen, damit dieser Rückwärtsentwicklung früh genug der Boden entzogen wird. Das Kabinett muß insolge dessen so hart mit sozialdemokratischen Mitgliedern durchsieht werden, daß die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften durchgesetzt werden.

Der Enkomiastenführer Genosse Herrmann vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands war es und nicht der von den Eisenbahnern nicht anerkannte, von der Zentrumregierung hineingesetzte 2. Vermaltungspereiter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, der es durchsah, daß die ungeheuer hohen Gehälter der Verwaltungsratsmitglieder und Direktoren herabgesetzt werden.

Wie die Masse haben sich die Unternehmer auf die Ausführungen des Zentrumministers Siegerwald gestürzt, der vor nicht langer Zeit auf einer Tagung der Industriegewaltigen erklärte, daß 12 Millionen Menschen in Deutschland Sozialrentner seien. Darum also die Maßnahmen der Regierung Brüning auf dem Wege der Diktatur!

Mit dem Appell, in den Betrieben alles aufzuräumen, damit am 14. September die Sozialdemokratie den Sieg erringt und nicht das Zentrum und die Nationalsozialisten, schloß die imposante Versammlung.

„Arbeitsbeschaffung“.

Wie es in der Praxis damit aussieht.

Von gut informierter Seite wird uns geschrieben: In der Hand genauerer Unterlagen für die Berliner Industrie und bei Ueberprüfung der Meinungsäußerungen der Unternehmerpresse ergibt sich, daß alle Behauptungen falsch sind, die es so darstellen, als ob durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm einige hunderttausend Arbeitslose im Handumdrehen wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet werden könnten. Die erste Frage ist, wozu Aufträge gegeben werden. Wenn zum Beispiel die Zinoleumindustrie, die in ganz Deutschland 4000 Leute beschäftigt, für 25 Millionen Mark Aufträge bekommt, so ist das noch keine ernsthafte Arbeitsbeschaffung.

Aber auch dann, wenn Aufträge in solche Industrien gegeben werden, bei denen die Produktion mit viel menschlicher Arbeit verknüpft ist, ergibt sich noch nicht ohne weiteres, daß dann Einstellungen von Arbeitskräften erfolgen. Das ergibt sich im besonderen dann nicht, wenn man als zusätzliche Aufträge das bezeichnet, was im wesentlichen die normalen Quartalsaufträge sind. So sind zum Beispiel in die Berliner elektrische Schwachstromindustrie bis heute nach genauen Unterlagen etwa für 15 Millionen Mark Aufträge der Reichspost geflossen. Sie heißen insgesamt „zusätzliche Aufträge“, enthalten aber in Wirklichkeit zum größeren Teil die normalen Bestellungen, mit denen bisher wohl aus Finanzierungsgründen von der Reichspost zurückgehalten worden ist.

Bisher sind in der Berliner Schwachstromindustrie infolge dieser sogenannten und der wirklichen Zusatzaufträge der Reichspost nur bei zwei Firmen Einstellungen erfolgt, dabei handelt es sich um etwa 25 Personen. Dem steht gegenüber, daß zum Beispiel W. u. Genest, Boje u. Co., Kaiser u. Schmidt, Lorenz, Schuchardt, Sudicatis, Dauerheim, Prof. u. Goldschmidt und Zwietsch u. Co. bis Ende August fortgesetzt Leute entlassen haben. Andere Firmen, wie die Deutschen Telephonwerke, Siemens, Krüger, arbeiten verkürzt und drohen weiter mit Entlassungen.

Bei der Einstellung von Arbeitskräften infolge des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist von der Reichsregierung die Mitwirkung des Gewerbeaufsichtsamtes vorgesehen worden. Die sollen darauf achten, daß keine Ueberstunden geleistet werden, daß nicht Arbeitskräfte eingestellt werden, die nicht über den Arbeitsnachweis gegangen sind. Bisher hat das Gewerbeaufsichtsamte noch in keinem Fall Selbsteinstellung gehabt, in der von der Regierung vorgeschriebenen Richtung einzugreifen. Das zeigt am deutlichsten, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung nicht wirtschaftlich, sondern wohlpropagandistisch aufgezogen worden ist.

Reichskonferenz der Bauwerkmeister.

Im Bremer Volkshaus fand dieser Tage die dritte Reichskonferenz der Fachgruppe der Bauwerkmeister im Deutschen Bauwerksbund statt. Anwesend waren 21 Delegierte und einige Mitglieder des Bundesvorstandes, darunter Bernhard, der erste Vorsitzende. Im Mittelpunkt der Tagung stand der umfangreiche Geschäftsbericht des Reichsfachgruppenobmannes Peters-Berlin: Trotz der Wirtschaftskrise konnte die Fachgruppe innerhalb der letzten drei Jahre ihren Mitgliederbestand von 4681 auf 5782 heben. Der Kampf der Fachgruppe um Anerkennung als Tarifpartei ist noch nicht abgeschlossen. Der Grundgedanke berufliche Zusammenarbeit bedingte organisatorische Verbundenheit, wurde von Peters vor allem gegenüber dem Polierbund stark betont. In der Aussprache wurde ihm das volle Vertrauen für die geleistete Arbeit ausgesprochen.

Bernhard vom Bundesvorstand betonte, daß das Hauptgewicht der kommenden Arbeit der Bauwerkmeister auf die Organisierung besonders der jüngeren Poliere und Schachmeister gelegt werden müsse. Das sei das beste Mittel, um konkurrierenden Berufsorganisationen entgegenzutreten. Bestrebungen zur Schaffung einer Einheitsorganisation seien bereits im Gange. Erst ein großer Arbeitskampf werde Klarheit schaffen. Die Hauptaufgabe bleibe die Erlassung der unorganisierten Poliere.

Ueber „Berufsgefahren und Bauarbeiter[schutz]“ referierte Wüst vom Bundesvorstand. Er besprach ausführlich die rechtlichen Gefahren, die sich für den Bauwerkmeister aus seiner großen Verantwortung für Leben und Gesundheit der ihm unterstellten Arbeiter ergeben.

Peters beleuchtete die Stellung der Bauwerkmeister in der Sozialgesetzgebung, vor allem die Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Kranken- und Unfallversicherung. Als Reichsfachgruppenobmann wurde Peters einstimmig wiedergewählt.

Wittmo. Wälinger-Belegkassl. Betriebsversammlung sämtlicher Arbeiter des Wälinger-Konzerns am Donnerstag, 19. Ubr. im Hof des Hof (Neue Gasse), Hofmeister Str. 40-41. Stellungnahme zur Reichstagswahl. Referent: Betriebsratsvorsitzender Frau Behm-Schub. Wir erwarten, daß die Arbeiterschaft geschlossen zu der Versammlung tritt. Zentralverband der Botei, Restaurant- und Café-Angestellten. J. A. Fr. Sect.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Unsere Jugendberatergruppe ist geöffnet jeden Mittwoch von 18 1/2 bis 20 Ubr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-26, Zimmer 26. — Berlin, Mittwoch, ab 19 1/2 Ubr, gegen die Gruppen: Baumfällern: Jugendheim Engelauer 16. Unterhaltungsabend. — Schichtarbeiter: Jugendheim Lehmdecker Str. 24-26. Vortrag: „Wie kommt der Deutsche Reichstag zustande?“ — Metallarbeiter: Gruppenheim Bergstr. 39, Hof. Vortrag: „Der Reichstag und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft.“ — Säbner, Schweißner: Götter-Jugendheim Joreter 11 (Karlshofstraße). Referent: „Ritterkämpfe.“ — Klügelner: Jugendheim Kurfürst, Ringstraße 68. Vortrag: „Rückwärtsentwicklung, Sozialpolitik und Gewerkschaften in Rußland.“ — Uberschall: Gruppenheim Uberschall, Bismarckstr. 1. Vortrag: „Der Reichstag.“ — Weisener: Jugendheim Berthstr. 26. Vortrag: „Warum bin ich arbeitslos?“ — Rastberg: Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Vortrag: „Demokratie oder Diktatur.“ — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15. Referent: „Diktatur auf Schiffsplätzen.“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Schulbewegung: Jugendheim Orfstr. 10, post. Kurzeleser. — Charitätenbewegung: Jugendheim Köpenicker 4. Ausprobieren: „Jugend und Beruf.“ Beites Bild Berlin. — Schichtarbeiter: Jugendheim der Schule Radonien-Allee 81, Rastberg. — Oberleiter: Jugendheim der Schule Berlin Str. 31. Vortrag: „Krieg, Freiheit, Menschheit.“ Referent: Friederich. — Karbner: Jugendheim Danziger Str. 62 (Parade 2). Ausprobieren: „Die Frau und der Sozialismus.“ — Arbeiter: Jugendheim der Schule Köpenicker 41. Ausprobieren. — Westfälischer Jugendheim Köpenicker Str. 1-4, Cafe Rannex Straße. Ausprobieren. — Schichtarbeiter: Jugendheim Hauptstr. 126. Ausprobieren: „Katholik ist die Parole.“ — Schichtarbeiter: Lindenauer 1. Vortrag: „Die Einrichtungen unserer Verbände.“ Referent: Edwin Dornel. — Vorkomm-Kommune: Jugendberater in Kommode, Gieselerstraße. Ballabend. — Spiel und Sport ab 19 Ubr auf dem Sportplatz Friedrichshagen.

Textilstreik in Nordfrankreich beendet.

Ein Vermittlungsvorschlag des Arbeitsministers.

Der Textilstreik im Revier von Roubaix-Tourcoing ist am Dienstagabend beendet worden. Die Gewerkschaften haben der vom Arbeitsminister vorgeschlagenen Regelung zugestimmt. Daraufhin gelang es dem Arbeitsminister Caval, auch die widerspenstigen Unternehmer für den Einigungs-vorschlag zu gewinnen.

Die verhasste „Treuprämie“ ist vollkommen abgeschafft. Auch von ihrer Wiedereinführung unter dem Namen „Ausdauerprämie“ ist Abstand genommen worden. Die Arbeiter, die neu in einen Betrieb eintreten, verpflichten sich, die im Sozialversicherungs-gesetz vorgeordneten Beiträge von ungefähr 4 Proz. selbst zu tragen. Nach Ablauf einer gewissen Frist erhalten sie die Summe von dem Unternehmer zurück und werden zugleich für die Zukunft von der Weiterzahlung der Versicherungsbeiträge entbunden, die künftig die Unternehmer zu entrichten haben.

Damit ist eine der größten Streikbewegungen, die Frankreich seit dem Krieg gesehen hat, erfolgreich beendet. Wie erinnerlich, haben die Gewerkschaften im Sommer auf Grund der Leuerung Lohnforderungen gestellt, und zwar nicht nur in dem eigentlichen nordfranzösischen Industriezirkel, sondern so ziemlich überall. In Nordfrankreich, wo unter den Unternehmern die politischen Scharfmacher eine führende Rolle spielen, wurden die Verhandlungen verschleppt bis zum Antritt der Sozialversicherung. Dann suchte man mit Hilfe der Kommunisten die ganze Bewegung umzufächeln in einen Kampf gegen die Sozialversicherung. Das Zusammenspiel zwischen Kommunisten und Sozialreaktion war ein so enges, daß man den Eindruck eines abgetarnten Spiels hat.

Wie die Kommunisten durch Terror versuchten, die Arbeitsaufnahme in den Betrieben zu verhindern, wo die Lohnhöhung bewilligt worden war, um so gewaltsam die Einheitsfront der Unternehmer aufrechtzuerhalten, so versuchte die Unternehmerorganisation durch Konventionen die Außenwelt bei der Stange zu halten. Vergeblich! In der Metallindustrie zündete, dann auch nach und nach in der Textilindustrie des Nordens und Nordostens wurden die Forderungen hemmigt. Aufrecht blieb nur das Häuflein großindustrieller Scharfmacher von Roubaix-Tourcoing unter dem Kommando des Scharfmachers Len.

Nun hat auch dieser nachgeben müssen. Man hat in der Form diesen Scharfmachern eine Konzession gemacht. Praktisch bedeutet das Ergebnis jedoch eine vierprozentige Lohnzulage. Nach am Sonntag versuchten die Kommunisten durch eine „Massenfundgebung“ Verwirrung zu stiften. Sie sind jetzt zusammen mit Herrn Len geschlagen.

Auch Privateisenbahnen für Lohnabbau

Reichstarif gelündigt.

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen hat die Reichstarifverträge für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der deutschen Neben- und Kleinbahnen gelündigt. Als Begründung gibt er an, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die Konkurrenz des Kraftwagens die finanzielle Lage der Neben- und Kleinbahnen so verschlechtert haben, daß die Bahnen nicht mehr imstande seien, die geltenden Gehälter und Sozialleistungen der Reichstarifverträge zu gewähren.

Dabei erhalten die Beamten und Angestellten der Neben- und Kleinbahnen heute ein Gehalt, das erheblich unter dem der Reichsbahnbeamten liegt. Bestimmt der Reichstarif doch, daß nur 84 Proz. der Höhe der Reichsbahnbezüge zu zahlen sind. Hinzu kommt weiter, daß die Beamten und Angestellten der Neben- und Kleinbahnen die Beiträge zu ihrer Pensionskasse selber zahlen müssen neben den Abzügen für Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung usw. Der Kleinbahner bezieht also im Durchschnitt nur 65 Proz. des Einkommens eines Reichsbahnarbeiters. Auch der Urlaub und die Bestimmungen über die Weitergewährung des Gehalts in Krankheitsfällen weichen ungünstig von den gleichen Bestimmungen bei der Reichsbahn ab.

Wenn trotzdem der Arbeitgeberverband den bestehenden Reichstarifvertrag kündigte, so muß man annehmen, daß er die gegenwärtige, den Unternehmern günstige Situation benutzt, um einen

STAATL. FACHINGEN
Nährliches Kindermittel
Zur **Gesundhaltung!**
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. LÖtrow 5260-61

Walther Appelt: Sächsische Geschichten

Vor einem Bildergeschäft

„O, das ist a schönes Bild. Dort das beede, wo die Eisen in Rondschein dänzen. Wie die iemr die nächstliche Piese schwächen. Und das Schimmungsfolle Grien, das heeßt, eegendlich ises ja a bissel giftig, awr da werd sich der Kaler schon ooch was dabe gedacht hamn. Und die Schdreier, wie die soll Blieden häng! Das is ähm noch richdige beidde Boesle. Das muß doch enne reene Wonne sinn, wemmer so a Bild iemr Bedde häng' hat. Ich gloob, da is ir noch mal so glücklich.“

— Ja, da beidhdäbigt sich ähm wieder mal, daß de Schenheit in dr Welt noch nich ganz ausgeraddeet is.

Wemmer da dreggen bedenkt, wasse in den Museums immer fr nährliche Feich häng hamn! Da war doch jezt emal enne Fiehrung von Irband dr Lähmsmittelhändler ang grob unn ang bedall, unn da warn miet mit. Also ich weech nich. Solche feine Bilder, wie die hier, die hamme dort nich.

— Die nemm silleischt bloß welche von geschdornnen Kinsoldern. Weil die beriehmder sinn.

Ich nee, die habben dreggen ooch welche von lewendjen. Awr das war Feich! Erscht, da mußte mir gans nahe nangehen, daß mir lesen tonnde, was dranschdand, oder drunder, unn nachher da mußte mir gans weit weggehn, daß mir sehn tonnde, obds das ooch wärrlich war. Awr gloomse, beim meissen denense, die hamn de Schilder frwechsell, oder se hamme jeztet rum ofgehängt.

— Das is ähm die moderne Richtung. Die is a bissel schwer frschdändlich.

Awr was die olden Bilder warn, ich meene von den geschdornnen Kinsoldern, die hamn miet ooch nich imbonieren kenn. Da warn welche drbei, — wenn ich die in meiner Wohnung häng' hädde, da dächt ich mich jern Leiden schäm'. Das is doch a Schandol.

— Da warn wohl nachje Weimer droff?

Ru, ooch mit. Awr das meen ich nich emal.

— Was denn?

Die warn so dreck, — bei manchen tonnden se iemrhaubt nicht erkennen, so dunkel warn die. Und Risse unn Schorringe warn drinne, als hädde se se von Lumpensammier gekooft. Und da sagde der Fiehrer ooch noch, da wärrise schdote droff, dasse die hädde.

— Silleischt wegen Rahm?

Das is schon meeglich. Awr wenn die Rahm' so losdabar sinn, da kemden se doch mal baar neie Bilder neinkooßen. Solche hier zum Beischpiel, mit so enn Eisenreigen.

— Da hamme silleischt tee Geld drzu. Die müssen emende werden, bism mal eener eens schdisdet . . .

Awr da mecht ich bloß wisse, fr was se in so enn Museum Eindriddsgeld frtag. Hier hamn ja nicht bezahl, bloß unser Forschdand hat denn Fiehrer a Dringeld gegähm. Awr an andern Dalden, da kost das gloomich fuffzi Frenge. Wer das nr bezahlt?

— Ach, da gibbds schon welche. Wissensse, das is was fr Biewesbaare. Die sehn sich off die Bänke, die da sinn, unn wenn de Wärdler frbeiget, da duhn se mer weech wie kunofschdändj — unn wennr außer Schweide is, da ridense sechen dädde zusam, unn knuchschen.

Awr dadezu brauche se doch nich ins Museum zu gehn. Das kenne se doch in Schdadtort ooch.

— In Bänder nich. Da ises in Schdadtort zu fass. Awr in Museum is sechen gezeit. Und außerdem hamme da ooch noch den Irndeil, dasse nicht zu frzehen brauchen.

— Na, ich weech nich.

— Da, ich weech schon. Und da is nämlich ooch noch was andres dabe. Das weech ich sogar halb unn halb aus Erfahrung. Wenn so a Biewesbaare bei so ner nachjen Ehrich frbrichtommt, da werd das Wädel anschdandsholmer a bissel rot unn frlegen. Und da fragt der Briedem oder wasser is, wasse hat. Ach, weider nicht, sagde, komm nr, miet wollt meideweggehn. Awr da bleibst der nobdlerich erscht recht schdehn, unn wennse dann fragt, warum 'r so guzt unn wasse so bei sich denkt, da meendr: Ich denke grade drierwer noch, ob du ooch so enn sechen Bohdoh hast wie die Ehrich. Ru, unn so gibbt se Wort f andre, unn nachher fragde, obn guzd is . . . unn wennse sagt Ja, da fängde wieder von denn Bohdoh an. Und wennse da ooch sagt Ja, da schiddele du Kobb. Das dädde nich gloom, da misde sich erscht mal dron iemrzelgen dersen. Und so weider. Off diese Weise sinn schon mehr Ehn endschdanden, als wie sie silleischt denken.

Awr das hat doch nicht mit Kunst zu duhn. Ich denke, a Museum is fr de Kunst da.

— Ru, das hat dreggen schon mit Kunst zu duhn. Awr indrekt. Wenn die nachher soweit sinn, dasse beiradhen wolln, oder misse, da kooßen se sich doch ooch a Schloßsinmerbild. Und da gehne in so a Bildergeschäft hier, unn hola sich so enn Eisenreigen in Rondschein. So kommt ähm dann doch de wahre Kunst ins Foll. Und dazu hat immerhin ooch das Museum sein Delt beigedragen. Daher der Name Kunstdirschdändj.

Kaffee, Kuchen und Wissenschaft

Wenn de dich jezt nich anschdändj benimmst beim Kaffeedrinken, da nemm ich dir den Kuchen wieder weg. Daß de dich bloß nich schämst: wie oft ich dir das nu schon frhooben hab! Awr heern kenne de nich! Wenn de das mal bei fremden Leiden machst, da denken die womoglich noch, nr hat dich nicht gefast. Da kammer als Rudder doch ins Gerede komm', nr dächt seine Bälger nich richdij erzehn.

— Was habbdich schon wieder gemacht? Ich habb mir doch erdra iemrlegt, daß ich nich de Rofin' eazeln ausn Kuchen rausstrellen soll?

In Kaffee eingedidcht haade dein Kuchen wieder. Das is genau so schlimm, unn das habb ich dr genau so oft frhaben.

— Ru ja, awr horde mal, Ramma. Das wolde ich dich schon lange fragen: Du frbidest mir immer das Didschen, unn sagst, das dähden bloß Beide machen, die teene Bildung hamn unn sich nich beneimm kenn.

Das is ooch so. Und mit solchen Montern, da bringds a Mensch nich weit in sein Lähm. Das werfde schon sehn. Awr da ises silleischt schon zu schdäl.

— Da hat de Grogmudder ooch teene Bildung. Die didcht doch ooch! Die didcht sogar de Budderhamm' in Kaffee ein!

Das is doch was gans andres. De Grogmudder is ne alde Frau. Und alde Leide, die wern wieder wie teene Kinder. Die dersen in solchen Sachen nich mit so enn schdeng' Radschdab gemessen wern.

— Awr wie tonunde das?

Ja, mei Kind, das werfde du wohl nich frschdehn. Das is der beriehmde Kreislauß in Lähm, daß alles wieder zu sein Urschörung zurückkehrt. Da driemr zbrechen sich de Fillaßchen schon seit daußend Jahren de Rebbe, oder noch länger. Da sinn schon gans dide Bilder driemr geschrien worden.

— Awr das Didschen?

Ru, iemr das Didschen nich grade, awr iemr den Kreislauß, wo dos a Delt derson is. Nehen iemr die gansen Probleme.

— Was is das: Probleme?

Ru, das sinn solche schmerige Sachen, wo enne ganze Masse Geist drzu gehert.

— So. Awr weechde, Ramma, wenn das so is, da brauchde dich nich jedesmal so offruregen, wenn ich mal mein Kuchen eiddsch. Da kann ich doch mein Geist grade bei was andern gehabht hamn, meindwegen bei den Rofin' rausstrellen — unn da is mir das Problem mit den Didschen silleischt grade mal forierwegend endschmunden . . .

Sport

Verjendenn Schbort muß dr Mensch hamn. Sonst kenne ich mir das iemrhaubt nich frschdelln. Das misde a langweiliges bissel Lähm sinn, wemmer nich in sein Rußschdunden enne Frschdreieung hädde.

— Awr, so gehds mir ooch. S Lähm is doch schliechlich nich bloß zum Kweiden da. Nr will doch ooch mal was fr sich hamn.

Ru! Und zumal, wo Schbort so gesund is! Da kommt doch wenigstens mals Blud durchemander, unn in de Lungstiege kommt frische Luft, unn dr Kobb werd een wieder klar, unns Herz erweidert sich, unn de Rüstein wern schdrass, unn de Lähmsgeißler wern ofgeriddele, unn de kerberliche Schbannkraft erhocht sich.

— Was is das?

Ru, was werden das sinn! Das sagese doch immer, wenn Schdidsungsest is in unsern Schbortklub, unn dos hat ooch ezdra

Max Bernardi:

Der Box-Weltmeister im Literaturcafé

Am Rittersnacht wurden im „Romanischen Café“ plötzlich die Hälse lang. „Schmeling sitzt auf der Terrasse . . .“, räumte der kleine Geschäftsführer seinen Gästen zu. Man belächelte den Scherz, denn was sollte ausgerechnet ein Boxer — na ja, und dann überhaupt ein Mensch mit so viel Geld. . . Immerhin, Maxens Doppeltgänger — denn um einen solchen konnte es sich ja nur handeln — mußte man sich ansehen. Er sah aber dem echten „Rage“ verdammt ähnlich: es war wirklich Max Schmeling, der in seiner neuen Weltmeisterwürde in aller Bescheidenheit eine Tasse Kaffee schlürfte. Es war kein Witz, ein Boxer sah im „Romanischen“, noch mehr: ein frisch gedackener Millionär trant seinen Kaffee im Literaten-Café. . .

Es war um die Ruhe dieses Hauses geschieden, schließlich langweilten sich im literarischen Café ja auch nur Menschen. . . Menschen, die mandamental zwar selbst gerne Sensationen fabrizieren, aber ihnen dafür auch sehr willig unterliegen. Und so sah man sich den Mann, der sich in einer Viertelstunde ein Riesenermögen erbozte, einmal genauer an. Die einen gafften verblüfft von der Seite, die anderen in unerbittlicher Neugierde. Man schlich um die Sensation wie um einen heißen Brei. Man haute sich vor dem Boxer breitpurig auf und beglote ihn mit Hornbrille, Monokel und zusammengekniffenen, kurzschichtigen Augen wie ein festes Tierexemplar im Zoo. Gruppenweise zog man an seinem Tischchen vorüber, jedem neuen Ankömmling warf man eilig den Broden zu, an dem man selbst schon gewürzt hatte: „Schmeling sitzt auf der Terrasse. . .“

Leobdem man neidlos die Heistellung machte, daß der Prominents von der anderen Fakultät, ein Charakter, gut aussehender, junger Mensch war — ein Boxmeister wird ja auch kein alter, gedrogener Mann sein — dem man sein Glück und seine Karriere vergönnen mußte, schlich eine leise Verstimmung zwischen den Tischchen umher. Ein Unbehagen, das sich immer mehr verdichtete.

In einem anderen Lokal wäre das Götterpublikum in seinem Sensationsbedürfnis nicht minder unhöflich gewesen. Man hätte den neuen Boxweltmeister mit Vergnügen und Operngläsern fixiert, ihn vielleicht zum nächsten Sonntag zu Tisch gebeten oder ihm den neuen Panamahut zum Andenken gestohlen. Er hätte gewiß Sharleys Tiefschlag demonstrieren müssen und dabei vorrechnen, wieviel er damit verdient. Bestimmt, man wäre andernorts viel unhöflicher vorgefahren, weil man unbesangener und harmloser war. Weil sich andernorts gar keine Beziehung zu der Welt eines Boxers, insbesondere aber zu der stellen Leiter seiner Karriere aufbau konnte. Das Erlebnis wäre für die meisten eine originelle Caféhausbegegnung geblieben, deren filmischen Abglanz man vielleicht noch als interessante Neugierde mit nach Hause geschleppt hätte.

Ganz anders im Literaten-Café. Schakelpeate hätte durch das Café wandern können, ohne daß man von seiner Größe erschlagen

in de Festschrift geschanden: de kerberliche Schbannkraft erhocht sich, unn de Lähmswille schdrast sich. Solche Ausdrücke weech ich noch siel. Wemmer fünfzwanzig Jahre Mitglied sinn, da friegen miet a Didschen, da schdeht das drinne. Gans ausfrisch.

— Das gibbds het uns nich. Ich bin iemrhaubt in gar teen Fr'ein. Awr mein Schbort hablich dreggen. Ir mich brisacht.

Das hädde fr mich teen Reiz. Das sind ich doch grade so schoen, daß mir sich dein Schbort ausdaußchen kann. . .

— Ja, ausdaußchen duhn miet uns ooch. Das is ooch bei uns a großer Anreiz. Awr da brauchen miet teen Fr'ein drzu.

Ru ja, unbedingd neech isfr ja nich, da hamme schon recht. Awr nemme mal an, enne Frei-Jemung, was da drinne liegt, das kommt doch erscht richdij zr Bildung, wennse von enner ganzen Riege, oder von enn ganzen Durnblat soll Durnern gemacht werd. Oder was andre Schbordarden sinn, Beddren' zum Beischpiel, oder Reitschwing', da kenne doch gar nich genug Teilnehmer sinn. Wenn in Sommer richdijes Schbordwedder is, unn mir zieht nous aus sein hier Fähhn in Schidd und Dridd mit lauden Hermerkung — wie een da 's Herz schlägt!

— Bei mir macht das weider teen Unterschied, ob Sommer oder Winter is. Bei Schbort bliet ooch in Winter. Ich meechde beinah fogen: fr mein Schbort, da sinn die lang' Winterahnde wie geschaffen. Da kammer sich so richdij neie frdiesen.

Ach, sie duhn wohl Schaddenbogen, . . . oder mit solchen Abberadhen lehnt?

— Ree.

Ru, was dreim sie denn da fr enn Schbort?

— Briefmarkensammeln.

worden wäre. Mit ihm zu konkurrieren, lag im Bereiche der ungeahnten Möglichkeiten. Es genügte allein die offene Möglichkeit, die im Handwerflichen verankert lag, es genügte die Kollaterale dieses spielerischen Gedankens, um sich über diesen Abgrund hinwegzusetzen. Man wäre bestimmt nicht so angezogen, so „arrogant“ gewesen. Man hätte nicht heimlich nach seinem Biceps zu fühlen brauchen. . . Dieser Boxer forderte durch sein bloßes Erscheinen die ganze Umgebung in den Ring. „Wie weit habt ihr es denn nun eigentlich gebracht?“ schienen sein braunes Gesicht, seine Häuste, seine Laufsiefel, ja selbst der widerprechende bescheldene Kaffee zu lächeln. Mit den langen, eingezogenen Beinen sah er an dem Marmortischchen wie ein sonderbares Fragezeichen.

„Lassen Sie sich von ihm ein Autogramm schenken. . .“, das war ungefähr der gefällige Extrakt, den man verspritzte, um sich selbst über die eigene Ohnmacht hinwegzutäuschen. Teilweise herrschte sogar eine sehr gereizte Stimmung. Auf dem Balkon ohrte sich beinahe ein russischer Philosoph, ein Wissenschaftler von Rang, mit seinem dicken Schachpartner. Wegen Schmeling. Denn während der eine an die Galerierüstung geißelt war, um mit verrenktem Hals nach der interessanten Terrasse zu starren, hatte der andere die Schachfiguren zusammengeworfen. Aus Gemeinheit natürlich, weil er auf Verlust stand, und nicht aus Wismut über seine verarmte Wissenschaft.

Auf den Poutenils und rund um den sonst so begehrten Zeitungsständer herrschte bestimmene Stille. Man schluckte bei dem Gedanken an das eigene, miserable Börsenpapier, das man ein Leben lang handelte und das nicht hochschnellen wollte, in seinem Kurswert, wie an einer bitteren Abführpille. Man würgte an der vergleichenden Betrachtung zwischen der eigenen Schaffenskraft und einem wohlgezielten Uppercut. „Lassen Sie sich ein Autogramm schenken“, hieß soniel wie: „Geh Kartoffelgraben, du Payer, geh Holz hacken, du Stümper!“ Und ein furchtbarer Zweifel über den Wert oder Unwert der eigenen Person nagte sich in die Brust, fraß sich tief und seit auch am Sped der gepflegtesten Etikette. Erst als sich die beunruhigende Silhouette des Boxers in die Nacht verlor, da schien es, als würde sich plötzlich auch ein riesenhafter Kater durchs Café hindurch ins Freie winden. Ein Konstrum von Blech, das jedem einzelnen Gast ein paar Sekunden auf den Schultern gehockt hatte.

„Hier hat der Boxweltmeister im Schwergewicht Kaffee getrunken“, wollte der kleine Geschäftsführer noch einmal die große Sensation aufwärmen. Man stand im Halbkreis um den leeren Tisch und leeren Stuhl, und ein paar zu spät gekommene junge Mädchen wollten in Unachtsamkeit versinken.

„Das sieht man“, zerrieb jezt aber ein armer Teufel von Schachspieler endgültig den Bann, und wies mit großer Geste auf die Marmorplatte des Tischchens, die von einem mächtigen Sprung gezeichnet war. . .

Dramatiker und Bühnenleiter

Dichterbriefe im Archiv der Staatstheater

Aus der Direktionszeit Jfflands im Berliner Nationaltheater stammt eine umfangreiche Briefsammlung mit den großen deutschen Dramatikern, die für sich herausgegeben, eins der interessantesten Kapitel deutscher Theatergeschichte darstellen würde. Es ist bedauerlich, daß diese Briefe, über die der Direktor des Archivs, Dr. Droscher, in der „Deutschen Bühne“ berichtet, in den Archivmappen vergraben bleiben sollten, um so mehr, als auch die Nachfolger Jfflands, Graf Brühl und Graf Redern, manch für die Beurteilung der deutschen Theatergeschichte wichtigen Strauß mit ihren Autoren auszuwerten hatten. Allerdings erscheint darin die Geschichte des Berliner Nationaltheaters und ihrer Generalintendanten nicht gerade im besten Licht.

Daß Jffland mit Schiller wegen des „Wilhelm Tell“ in heftiger Fehde lag, ist ja bekannt, ebenso, daß das Berliner Nationaltheater Goethes „Faust“ zurückgewiesen und ein vernichtendes Urteil über Kleists „Rätschen von Heilbrunn“ gefällt hat. Dabei ist ein Briefwechsel mit Friedrich Schlegel besonders interessant, der sich für Kleist eingeleit hat, und den Jffland durch ein Rundschreiben an die ihm genehmen Autoren deswogen der traffen Ignoranz beschuldigt. Interessant ist auch, daß Chamisso sich nach der Ablehnung von Goethes „Faust“ mit dem gleichen Thema befaßt hat und eine „Faust“-Tragödie eingereicht hat, die gleichfalls der Ablehnung verfallen ist, und zwar, wie Jffland schreibt, aus dem gleichen Grunde wie diejenige Goethes. Übrigens scheint das „Faust“-Schauspiel Chamisso für die Literatur verschollen zu sein.

Aber selbst der zu der damaligen Zeit allmächtige Kobergauer muß sich manches gefallen lassen, so wird das Erfruchen Angebues, die nachmalig ja berühmte geworden Komödie „Die deutschen Kleinstädter“ unverändert zur Aufführung zu bringen, von der Intendanten als höchst amahend bejudnet. Dabei gab es übrigens noch einen Streit um das Honorar, weil die Komödie bereits im Buchhandel gedruckt vorlag. Für solche Werke wurden vom Berliner Nationaltheater grundsätzlich keine Honorare bezahlt. Ueberhaupt waren die

Honorare überaus spärlich. Friedrich Schlegel wurde für eins seiner Schauspiele ein Honorar von 9 Friedrichsdor angeboten, worauf Schlegel überhaupt auf die Honorarzählung verzichtete. Gustav Freitag erhielt für „Die Journalisten“ ein Honorar von 40 Dukaten, d. h. soniel war von Graf Redern vereinbart worden. Bestimmen hat er das Honorar überhaupt nicht, sondern der Dichter war genötigt, die Intendanten zu verklagen, die sich auf eine Klausel stützte, monach der Dichter nur im Wiederholungsfall Anspruch auf das Honorar hat. Das später so berühmte geworden Lustspiel ging nur einmal über die Nationaltheaterbühne. Auch Hebbel muß sich bitter über die Abrechnungen beklagen, nicht weniger Gutzkow und Otto Nicolai, dessen „Luftige Welber von Windhor“ Intendanten zu einem auf der Bühne ausgebrochenen Skandal zwischen Intendanten und Dichter geführt haben.

Der schon zu Jfflands Zeit die Bühne beherrschende Dramatiker Raupach ist, nach dem sehr interessanten Briefwechsel mit der Intendanten zu urteilen, als der Vater eines deutschen Abrechnungssystems für die Autoren anzusprechen, das jahrzehntelang im Schwunge war. Nach diesem hin und her, das an das Fellschen in der Markthalle erinnert, wurde folgender Lantienefest schließlich festgelegt: Der Autor erhält eine einmalige Abfindung, und zwar wird das Honorar nach Akten bezahlt. Für ein Trauerspiel wird der Akt mit 50 Taler, im Schauspiel mit 40 Taler und für das Lustspiel mit 30 Taler berechnet. Bielleicht ist das der Grund, daß in Deutschland die Lustspielproduktion so zurückgeblieben ist.

„Salomos Wundernüsse“ ist die Bezeichnung für die riesenhafte Frucht der Doppel-Kokospalme, die bis zu 25 Kilo wiegen. Früher wußte man nicht, woher diese Früchte kammen, und es bildete sich ein Kreis von Sagen um sie. Man schrieb ihnen geheime Zauberkräfte zu. Nach Europa kamen die ersten Nüsse im Jahre 1602. Erst im Jahre 1796 wurde die Herkunft der Nüsse festgestellt. Da man die Doppelkokospalme auf den Sandwichen entdeckte. Noch heute sind die Nüsse bei den Sammiern hochgeschätzt.

Der Panamafanal war schon im Jahre 1530 geplant. Jedoch erst mehr als dreihundert Jahre später, im Jahre 1882, wurden die ersten Kräfte in Angriff genommen.

